

### Belarus: eine Diktatur im Herzen Europas?

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1997). *Belarus: eine Diktatur im Herzen Europas?* (Berichte / BIOst, 10-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42879>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.rrz.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
<b>Staatsstreich in Belarus</b> .....	7
<b>Nationale Identitätsschwäche</b> .....	10
<b>Konzeptionen und Aktionen des Präsidenten</b> .....	13
<b>Machtkampf und Ausschaltung der Anti-Lukaschenka- Opposition</b> .....	17
<b>Dramatischer Verfall der Wirtschaft</b> .....	22
<b>Moskau als parteiischer Schiedsrichter</b> .....	26
<b>Selbstisolierung nach Westen</b> .....	31
<b>Elemente einer mehrgleisigen Strategie des Westens</b> .....	35
Summary .....	39

7. Januar 1997



**Heinz Timmermann**

## **Belarus: Eine Diktatur im Herzen Europas?**

Bericht des BIOst Nr. 10/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Im Spätherbst 1996 wurde die internationale Öffentlichkeit durch politische Turbulenzen in Belarus (Weißrußland) aufgeschreckt – einem Land in der Mitte Europas, das bisher eher im Windschatten der Geschichte gelegen hatte und dem zumindest im Westen bis dahin wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden war. In einem kalten Staatsstreich, getarnt als "Referendum" und inszeniert in einer Mischung aus Verfassungsbruch, Indoktrination und Manipulation, hat Präsident Lukaschenka Ende November 1996 Parlament ("Oberster Sowjet") und Verfassungsgericht als eigenständige Gewalten de facto ausgeschaltet und damit die Grundlagen für die Errichtung einer persönlichen Diktatur gelegt. Der vorliegende Bericht befaßt sich mit Ursachen und Folgen dieser Entwicklungen. Er stützt sich auf Originaldokumente, auf Presseberichte aus Rußland und Belarus sowie auf wissenschaftliche Analysen östlicher und westlicher Autoren.

#### *Ergebnisse*

1. Mit Ausnahme einer kurzen Periode zu Ende des Ersten Weltkriegs hatte das zwischen Rußland und Polen eingeschlossene Belarus nie eine eigenständige Staatlichkeit besessen. Es konnte daher nach der Unabhängigkeit nur schwer auf Mythen, Legenden und Symbole zurückgreifen, die als Faktoren der nationalen Identitätsbildung und als Instrumente zur Mobilisierung der Menschen für Ausbau und Verteidigung ihres Staates hätten dienen können. Hinzu kommt, daß die belarussische Sprache – als zentrales Merkmal der spezifischen Identität und Kultur eines Landes – nach einem kurzen Aufblühen in den 20er Jahren weitgehend zugunsten des Russischen verdrängt worden war. Im Zweiten Weltkrieg, im gemeinsamen Abwehrkampf der Sowjetunion gegen die deutschen Invasoren, entwickelte sich in Belarus schließlich ein spezifisch *sowjetisches* Bewußtsein heraus. Als "Partisanenrepublik" hatte das Land ganz wesentlich zum Sieg über Nazideutschland beigetragen. Doch hatte es dies nicht als eigenständige Nation getan – so die Perzeption großer Teile der Bevölkerung –, sondern als integraler Teil der UdSSR. Belarus galt fortan als diejenige Republik, die in Mentalität und Eigenbewußtsein unter allen Republiken der UdSSR am stärksten sowjetisiert war.
2. Als das von Ministerpräsident Kebitsch geführte Nomenklatur-Establishment abgewirtschaftet hatte und das schwache Lager der National-Demokraten keine

überzeugende Alternative entwickeln konnte, kam die Stunde von Lukaschenka: Nach einem furiosen Präsidentschafts-Wahlkampf demagogisch-populistischer Prägung fügte er seinem Rivalen, dem ursprünglich hochfavorisierten Kebitsch, im Juli 1994 eine vernichtende Niederlage bei. Eines der Erfolgsrezepte Lukaschenkas (Jg. 1954) liegt zweifellos darin, daß er den Menschen die Botschaft zu vermitteln versteht, er sei "einer von ihnen" und begreife unter allen Politikern am besten die Sorgen und Wünsche der Menschen. Tatsächlich hatte er in verschiedenen Funktionen engen Kontakt mit Gesellschaft und sozialem Leben. Darin unterschied er sich ganz wesentlich von der abgehobenen und dem täglichen Leben weitgehend entfremdeten Partei- und Staatsnomenklatur. Zugleich verweist sein Karrieremuster jedoch auf eine starke Verengung des geistigen Horizonts – Lukaschenkas Aufgabe war es abwechselnd, die Menschen ideologisch zu indoktrinieren und seinen Lehrstoff als mittlerer Manager sowjetischen Typs auch praktisch umzusetzen. Diese Eigenschaften prägen bis heute ganz entscheidend seinen politischen Stil und die Inhalte seiner Politik.

3. In seinen zentralen Botschaften gelingt es Lukaschenka, Mentalität und Befindlichkeit großer Bevölkerungsteile ziemlich genau zu treffen. Stichworte sind: Kampf gegen die als inkompetent und korrupt gebrandmarkte Nomenklatur; Selbstdarstellung als Landesvater, der sein Kind – Belarus – an die Hand nimmt und ihm zuverlässig den Weg weist; Durchsetzung eines autoritären Regimes, das durch den Ausbau der Sicherheitsagenturen mit harter Hand Gesetz und Ordnung gewährleistet; Festhalten an einem etatistisch geprägten "Marktsozialismus", der Privatisierung und Wettbewerb eng eingrenzt; schrittweise Re-Integration mit Rußland bis hin zur staatlichen Wiedervereinigung.
4. Nach seinem Amtsantritt im Juli 1994 konzentrierte sich Lukaschenka zielstrebig auf den Aufbau einer starken Präsidialadministration. Dies erschien ihm aus zwei Gründen dringend erforderlich. Zum einen hatte er zwar einen überwältigenden Wahlsieg errungen, wobei er sich insbesondere auf diejenigen Gruppen und Schichten stützen konnte, die am stärksten "sowjetisiert" waren: Bewohner ländlicher Gebiete und kleinerer Städte, Angehörige der daniederliegenden Industriebetriebe, Mitglieder der Sicherheitsorgane, Pensionäre und Kriegsveteranen. Dieser Erfolg konnte jedoch nicht durch das Auftreten des Präsidenten allein gesichert werden, wie es im Wahlkampf gelungen war. Vielmehr bedurfte es eines starken Propagandaapparats zur permanenten Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne des Präsidenten. Zum andern galt es, die Präsidialadministration zum Nervenzentrum sämtlicher Entscheidungsprozesse nach Art des Politbüros sowjetischen Typs auszubauen. Auf diese Weise degenerierte die Regierung zum ausführenden Organ der Präsidialadministration, die sich zudem über die sogenannte "präsidiale Vertikale" schon frühzeitig das Recht auf Ernennung der regionalen und lokalen Exekutivorgane gesichert hatte.
5. Das Erstaunliche war, daß die Kritiker des Präsidenten trotz der flächendeckenden und multidimensionalen Repression Gegengewichte bilden konnten und zähen Widerstand gegen den geplanten Staatsstreich leisteten. Dies gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß in Belarus Fermente von Demokratie und europäischer Ausrichtung nicht völlig abgetötet sind, son-

dern nach Überwindung des Staatsstreich-Schocks wieder verstärkt wirksam werden. So bildete die Opposition im Parlament unter Führung seines Vorsitzenden Scharezkij plötzlich die Mehrheit, als es darum ging, die demokratische Verfassung gegen die Anschläge des Präsidenten zu verteidigen. Sie umfaßte die Kommunisten, die Agrarier und die Fraktionen der demokratischen Kräfte mit so prominenten Führungsfiguren wie Ex-Nationalbankchef Bagdankewitsch (Vorsitzender der Vereinigten Bürgerpartei), Parlaments-Vizepräsident Karpenka (Chef der Vereinigten Demokratischen Partei), Ex-Außenminister Krautschenka (Fraktionschef der sozialdemokratischen Gramada) und Ex-Parlamentspräsident Schuschekewitsch (Gramada-Fraktion). Unter Einschluß der Volksfront und einer Reihe gesellschaftlicher Organisationen bildeten die gleichen Parteien einen "Runden Tisch", der die Verfassungsverstöße des Präsidenten scharf geißelte und diesen zugleich einlud, gemeinsam nach Wegen der Verständigung zwischen den Machtzweigen zu suchen. Bemerkenswert war, daß der Protest aus der Mitte der Verfassungsorgane mit wachsendem Widerstand aus der Gesellschaft zusammentraf, wobei sich die Opposition über enge Kreise der Intelligenz hinaus insbesondere unter der städtischen Bevölkerung, der jungen Generation, der Gewerkschaften, Unternehmergruppen und der Vielzahl der NGOs regte.

6. Die kompromißlose Konfrontationsstrategie Lukaschenkas zielte darauf, die Machtbalance der Verfassungsgewalten radikal zugunsten des Präsidenten zu verändern. Dies gelang ihm in einem Referendum vom November 1996, dessen Ergebnisse allerdings grob gefälscht wurden. Ohne diese Fälschungen hätte er das notwendige Quorum möglicherweise verfehlt. Dies deutet auf einen gewissen Popularitätsschwund Lukaschenkas.
7. Der Verfall der belarussischen Wirtschaft, der nach künstlicher Verzögerung noch unter Kebitsch 1992 begonnen hatte, hat sich unter Lukaschenka fortgesetzt und dramatische Formen angenommen. Verantwortlich hierfür sind objektive Gründe (z.B. hohe Preise für Energieimporte) und subjektive Ursachen (Reformträgheit und sogar Restauration). Der Wirtschaftsabschwung, dessen verschiedene Dimensionen im Bericht nachgezeichnet werden, wird durch das vom Regime verursachte Desengagement der internationalen Finanzorganisationen weiter verstärkt. Statt dessen setzt Lukaschenka alles auf die Karte "Re-Integration mit Rußland", in der Erwartung, Moskau werde Belarus damit dauerhaft günstige Energiepreise einräumen und dem Land im Zuge einer stufenweisen Entwicklung in Richtung Konföderation und Föderation seine frühere Vorzugsstellung im Rahmen der sowjetischen Arbeitsverteilung zurückgeben.
8. Die Moskauer Führung, die für den Ausgang des Machtkampfs in Belarus eine Schlüsselstellung einnahm, befand sich in einem gewissen Dilemma. Auf der einen Seite kann Moskau Turbulenzen an seiner Westflanke nicht gebrauchen, weil dies seine Strategie stört, Belarus evolutionär in den russischen Hegemonialbereich einzubeziehen, ohne selbst die direkte Verantwortung für die krisenhaften innen- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen des Landes übernehmen zu müssen. Hinzu kommt, daß Lukaschenka selbst bei der Jelzin-Administration als schwieriger Partner gilt und unbeliebt ist. Auf der anderen Seite jedoch gilt Lukaschenka in Moskau trotz aller fragwürdigen Aspekte seiner



Konzeption und seiner Person als zuverlässiger Vorkämpfer russischer Interessen. Von der belarussischen Opposition dagegen erwartet sie nichts Gutes – teilweise hält man sie schlicht für rückwärtsgewandt und inkompetent (Kommunisten, Agrarier), teilweise schätzt man sie als Kräfte mit starken antirussischen und prowestlichen Neigungen ein (Nationaldemokraten, Liberale). Nach Abwägung aller Argumente nahm die russische Seite schließlich eindeutig zugunsten Lukaschenkas Stellung. Möglicherweise wird diese Entscheidung in wichtigen Punkten, die im Bericht im einzelnen untersucht werden, negativ auf Rußland zurückwirken.

9. Trotz der antiwestlichen Grundeinstellung Lukaschenkas waren die internationalen Organisationen – und hier insbesondere die EU und einzelne Mitgliedstaaten wie Deutschland – bemüht, die Reformprozesse in Belarus auch materiell zu unterstützen und das Land in alle Dimensionen europäischen Zusammenwachsens einzubeziehen. Als der Präsident trotz aller Warnungen der internationalen Organisationen die Verfassung brach und die zarten Keime der Demokratie vernichtete, stuften diese ihre Beziehungen auf ein Minimum herab und erklärten gleichzeitig das aufgelöste Parlament zur einzig legitimen Volksvertretung. So hat Lukaschenka sein Land von den Prozessen europäischen Zusammenwachsens de facto abgekoppelt und in die Isolierung getrieben.
10. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich für den Westen die konsequente Fortsetzung einer mehrgleisigen Strategie, bei der die diplomatischen Beziehungen zum Regime mit möglichst umfangreichen Kontakten zu den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformkräften verbunden werden. Im einzelnen würde das bedeuten: Minimierung der diplomatischen Beziehungen zum Regime bei gleichzeitiger intensiver Kontaktpflege zu den Vertretern der Opposition; Beschränkung von Wirtschaftskooperation sowie wirtschaftlicher und technischer Hilfe auf solche Projekte, die Reformansätze stützen und nicht dem Zugriff des Präsidenten ausgesetzt sind; Initiativen zur Professionalisierung reformbereiter Kräfte in Politik, Wirtschaft, Ökologie, Wissenschaft, Medien etc.; Unterstützung dezentraler Aktivitäten.
11. Angesichts der historisch entstandenen "sowjetischen Mentalität" in Belarus wird der Präsident mit seiner reaktionären Politik voraussichtlich auch in Zukunft auf die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zählen können. Von daher braucht die westliche Strategie einer allmählichen friedlichen Überwindung des Lukaschenka-Regimes einen langen Atem und verspricht auch nur dann Erfolg, wenn Rußland als zentraler Einflußfaktor in Belarus seine Position gegenüber dem unberechenbaren Präsidenten überdenkt. Andererseits deutet manches darauf hin – z.B. die Notbremsung mittels massiver Fälschung des Referendums –, daß Lukaschenka insbesondere aufgrund des Wirtschaftsdesasters an Zuspruch verliert, die demokratische Opposition dagegen verstärkt Wurzeln schlägt und längerfristig wirkungsvolle Gegengewichte gegen die Diktatur bilden könnte. In einer mehrgleisigen Strategie sollte westliche Politik die hierin liegenden Chancen aktiv nutzen und Belarus nach Abklingen der Turbulenzen von 1996 nicht dem Vergessen anheimgeben, wie sie es zum Schaden für alle Seiten nach der Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit 1991 getan hatte.

## Staatsstreich in Belarus

Im Spätherbst 1996 wurde die internationale Öffentlichkeit durch politische Turbulenzen in Belarus (Weißrußland) aufgeschreckt – einem Land in der Mitte Europas, das bisher eher im Windschatten der Geschichte gelegen hatte und dem zumindest im Westen bis dahin wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden war.<sup>1</sup> In einem kalten Staatsstreich, getarnt als "Referendum" und inszeniert in einer Mischung aus Verfassungsbruch, Indoktrination und Manipulation, hat Präsident Lukaschenka<sup>2</sup> Ende November 1996 Parlament ("Oberster Sowjet") und Verfassungsgericht als eigenständige Gewalten de facto ausgeschaltet und damit die Grundlagen für die Errichtung einer persönlichen Diktatur gelegt.

Die Vollmachten des Präsidenten sind außerordentlich umfangreich. Laut neuer Verfassung beziehen sie sich u.a. auf: Festlegung von Referenden, Terminfestlegung für Parlamentswahlen, Auflösung des Parlaments, Ernennung der Hälfte der Mitglieder der Zentralen Wahlkommission einschließlich ihres Vorsitzenden, Ernennung und Ablösung des Premierministers, seiner Stellvertreter, der Minister und anderer Regierungsmitglieder, der Hälfte der Mitglieder des Verfassungsgerichts einschließlich seines Vorsitzenden, des Vorsitzenden und der Richter des Obersten Gerichts und des Obersten Wirtschaftsgerichts, des Generalstaatsanwalts, des Vorsitzenden des Komitees für Staatskontrolle, des Vorsitzenden der Nationalbank und der Mitglieder ihrer Leitung, des Oberkommandos der Streitkräfte, des Staatssekretärs des Sicherheitsrats. Darüber hinaus erläßt der Präsident Verordnungen und Dekrete mit Gesetzeskraft. Die meisten dieser Rechte waren zuvor dem Parlament zugeordnet gewesen.<sup>3</sup>

Anlaß für den Konfrontationskurs des machthungrigen Präsidenten bildete der Umstand, daß sich seine bisherigen Methoden populistisch-demagogischer Agitation in ihrer Wirkung auf die Menschen zu erschöpfen drohten. Insbesondere galt dies für seine Vision, durch Integration mit Rußland die rasante Talfahrt der Wirtschaft zu stoppen und dem Land damit seinen relativen Wohlstand aus Sowjetzeiten zurückzugeben. Als dies trotz vertraglicher Abmachungen mit Moskau (Freundschaftsvertrag vom Februar 1995, Zweiergemeinschaft

---

<sup>1</sup> Eine gediegene knappe Einführung in Geschichte und Gegenwart des Landes gibt D. Holtbrügge, Weißrußland, München 1996. Zu den aktuellen Entwicklungen in Belarus vgl. ferner meinen Beitrag: Politische Konfrontation in Belarus, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 59/1996; die Aufsatzsammlung belarussischer und deutscher Spezialisten in: Berliner Europa Forum Nr. VIII, Sonderheft Belarus, Berlin 1996; sowie I. Bugrova/S. Naumova, Parliamentary Elections and Foreign Policy Orientations of Belarus, in: The Vector (Minsk), Nr. 1/1996, S. 4-10. In die vorliegende Analyse eingeflossen sind Gespräche, die der Autor vom 18. bis 20. Oktober 1996 mit folgenden Spitzenpersönlichkeiten in Minsk führte: S. Bagdankewitsch (Ex-Nationalbankchef und Vorsitzender der Demokratischen Bürgerpartei), Filaret (Metropolit), M. Grib (Ex-Parlamentsvorsitzender), P. Krautschenka (Ex-Außenminister, Fraktionsvorsitzender der sozialdemokratischen Gramada), Prof. Michailow (Rektor der Europäischen Humanitären Universität), S. Scharezkij (Parlamentspräsident), W. Tichinja (Präsident des Verfassungsgerichts).

<sup>2</sup> So die belarussische Version des Namens. Russisch: Lukaschenko.

<sup>3</sup> Die neue Verfassung ist abgedruckt in: Sovetskaja Belorussija (Minsk), 27.11.1996. Der Alternativentwurf der Parlamentsmehrheit findet sich in: Zvjazda (Minsk), 22.11.1996. Die am 30. März 1994 verabschiedete, demokratisch geprägte alte Verfassung bringt Osteuropa Recht (Köln), Nr. 2/1995, S. 134-158.

vom April 1996) nicht

funktionierte, schob der Präsident die Schuld für die Misere auf seine politischen Gegner: Sie nutzten angebliche Mängel im System der verfassungsmäßigen Machtverteilung, um die Sanierungs- und Stabilisierungspolitik der Exekutive zu unterminieren. Diese könne nur dann greifen, wenn alle drei Zweige der Staatsmacht – die Legislative, die Exekutive und die Judikative – aus einem Stamm erwachsen. "Dieser Stamm ist das Staatsoberhaupt."<sup>4</sup>

Lukaschenkas Problem lag bereits vor seinem Staatsstreich weniger darin, daß es ihm an Macht gefehlt hätte; die Verfassung vom März 1994 gab dem vom Volk gewählten Präsidenten genügend Hebel, um die Politik des Landes ganz wesentlich zu prägen. Das Problem lag vielmehr darin, daß es ihm an Kompetenz und Willen mangelte, Belarus mit einer durchdachten Reformstrategie den neuen Bedingungen nach den Umbrüchen in Osteuropa anzupassen. Statt dessen richtet sich sein Bestreben darauf, sein Land in Innenpolitik, Wirtschaft und internationalen Beziehungen in eine Sowjetunion zurückzuführen, die es gar nicht mehr gibt. Mit dieser Strategie der Restauration, die die permanente Suche nach "Volksfeinden" im Innern und nach außen als integralen Bestandteil einschließt, schwimmt der Präsident gegen den Strom der sich wandelnden Umwelt und treibt das Land zielsicher in die Selbstisolierung.

Denn Belarus liegt in Ostmitteleuropa und grenzt an Länder, die eine EU-Beitrittsperspektive haben (Polen, Litauen, Lettland) oder die der EU durch Partnerschaftsabkommen verbunden sind (Rußland, Ukraine). Turbulenzen im Innern des Landes, verbunden mit der Neubelebung alter Feindbilder gegen den Westen, würden die Stabilität in der gesamten Region gefährden und die von EU und NATO parallel betriebenen Prozesse von Integration (Ostmitteleuropa) und Kooperation/Partnerschaft (westliche GUS-Staaten) empfindlich stören. Mehr noch: Belarus wird unter dem mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Lukaschenka für seine Nachbarn zu einem wachsenden Risikofaktor – zumal dann, wenn sich zeigt, daß der freie Fall der Wirtschaft mit seinen verheerenden sozialen Folgen durch politischen Aktionismus, Demagogie und Populismus nicht überspielt werden kann. Die Unberechenbarkeit des Präsidenten dürfte zunehmend auch Rußland zu schaffen machen, dessen Führung sich in der Schlußphase des Machtkampfs aus integrationspolitischen Gründen eindeutig auf die Seite Lukaschenkas geschlagen hatte.

Im folgenden wird zunächst den wichtigsten – im Westen kaum wahrgenommenen – Ursachen für die restaurativen Sonderentwicklungen in Belarus sowie für die massiven Wahlerfolge Lukaschenkas nachgegangen; immerhin errang er im zweiten Gang der Präsidentschaftswahlen von 1994 gegen Ex-Ministerpräsident Kebitsch, den mit allen materiellen Vorteilen ausgestatteten Spitzenvertreter der Nomenklatur, gleichsam aus dem Stand 81 Prozent der Stimmen. Anschließend werden Konzeptionen und Aktionen der Protagonisten des Machtkampfs analysiert, wobei der dramatische Verfall der Wirtschaft eine zentrale Dimension bildet. Hiermit verflochten sind die internationalen Beziehungen: zum einen das spezifische Interesse Rußlands – als der zentrale äußere Einflußfaktor – an den Entwicklungen in Belarus und zum anderen die Positionen des Westens gegenüber der

---

<sup>4</sup> Zitiert nach A.A. V.V., Belarus: Ergebnisse und Lehren der Parlamentswahlen, in: Wostok (Köln), Nr. 2/1996, S. 9-11, hier S. 9.

Restauration in diesem Land. Den Abschluß bilden einige Überlegungen zu der Frage, wie der Westen sein zukünftiges Verhältnis zu Belarus, zum Präsidenten und seinem Machtapparat sowie zu den regimekritischen Kräften gestalten könnte.

### **Nationale Identitätsschwäche**

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 schien es zunächst, als besitze Belarus politisch und wirtschaftlich hinreichende Voraussetzungen für seine staatliche Selbstbehauptung. So war die Bevölkerung des Landes (10,3 Mill.) ethnisch relativ homogen: Den 78 Prozent Belarussen standen nur 13 Prozent Russen, 4 Prozent Polen und drei Prozent Ukrainer gegenüber. Wirtschaftlich konnte sich das von seiner Größe her überschaubare, geographisch günstig gelegene Belarus mit seiner vergleichsweise modernen Industrie, seinen hochqualifizierten Fachkräften und seinem niedrigen Lohnniveau 1991 durchaus mit Polen und den Baltenstaaten messen. Von seinem materiellen Lebensniveau her gehörte Belarus nach den Balten damals zu den führenden Republiken der Sowjetunion.

Schließlich ist daran zu erinnern, daß das Land in der Periode der Perestrojka keineswegs von absoluter Ruhe, Stagnation und Apathie geprägt war – so die häufige Assoziation mit Belarus. Vielmehr hatte das Land in dieser Zeit wiederholt durch massive Demonstrationen gegen das kommunistische Regime auf sich aufmerksam gemacht. Erwähnt seien hier nur der landesweite Massenstreik vom April 1991 sowie die bereits zuvor einsetzenden Manifestationen anläßlich der Entdeckung der Massengräber in Kuropaty (nahe Minsk), wo Ende der 30er Jahre Hunderttausende dem Stalinschen Terror zum Opfer gefallen waren. Vielen schien Zenon Pasnjak, der Entdecker von Kuropaty und Führer der nationalen "Volksfront"-Bewegung, der geborene Kopf einer nationalen Wiedergeburt Weißrußlands.<sup>5</sup>

Rasch zeigte sich jedoch, daß die Minsker Proteste vor allem auf die Durchsetzung von Glasnost und Demokratisierung zielten und nur in geringem Maße von nationalen Impulsen gespeist wurden.<sup>6</sup> Die zentralen Ursachen hierfür sind: Mit Ausnahme einer kurzen Periode zu Ende des Ersten Weltkriegs hatte das zwischen Rußland und Polen eingeklemmte Belarus nie eine eigenständige Staatlichkeit besessen. Es konnte daher nach der Unabhängigkeit nur schwer auf Mythen, Legenden und Symbole zurückgreifen, die als Faktoren der nationalen Identitätsbildung und als Instrumente zur Mobilisierung der Menschen für Ausbau und Verteidigung ihres Staates hätten dienen können. Hinzu kommt, daß die belarussische Sprache – als zentrales Merkmal der spezifischen Identität und Kultur eines Landes – nach einem kurzen Aufblühen in den 20er Jahren weitgehend zugunsten des Russischen verdrängt

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu A. Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl, Münster/Hamburg 1994.

<sup>6</sup> Zum folgenden vgl. D. Furman/O. Buchovec, Paradoxy belarusskogo samosoznaniya, in: Družba narodov (Moskau), Nr. 6/1996, S. 105-121; S. Nowikow, Historische Besonderheiten der Herausbildung der belarussischen Nation, in: Sonderheft Belarus des Berliner Europa Forum, a.a.O., S. 53-55; sowie O. Buchowjez, Die belarussische Idee in Vergangenheit und Gegenwart: Vom "Aschenputtel" zur "Prinzessin", in: Nationalismusformen und Entwicklungsdynamiken nationalistischer Konflikte in den jungen Staaten der GUS, Arbeitspapier 21 des Instituts für Internationale Politik, Berlin 1993, S. 31-43.

worden war: Im Jahre 1989 benutzten im täglichen Leben nur noch 10,5 Prozent der Bevölkerung das Weißrussische, in den Städten sogar nur 1,5 Prozent.<sup>7</sup> Dieser Prozeß der sprachlichen Russifizierung wurde einerseits gewiß durch administrativen Druck Moskaus beschleunigt. Andererseits ergab er sich aber auch als gleichsam natürliche Folge des sozialen Wandels: Urbanisierung und Industrialisierung des Landes trugen ganz wesentlich dazu bei, daß die sozialen Aufsteiger aus freien Stücken dem Russischen den Vorzug vor dem als provinziell empfundenen Weißrussischen gaben.

Im Unterschied zu den meisten anderen GUS-Staaten konnte Belarus seine Nationsbildung somit nur in geringem Maße auf vorkommunistische Traditionen, auf eigene Sprache und Kultur gründen. Mehr noch: Im Zweiten Weltkrieg, im gemeinsamen Abwehrkampf der Sowjetunion gegen die deutschen Invasoren, entwickelte sich in Belarus ein spezifisch *sowjetisches* Bewußtsein heraus. Als "Partisanenrepublik" hatte das Land ganz wesentlich zum Sieg über Nazideutschland beigetragen. Doch hatte es dies nicht als eigenständige Nation getan – so die Perzeption großer Teile der Bevölkerung –, sondern als integraler Teil der UdSSR. Somit wurde "die glänzendste Episode des Kampfes gegen Eroberer in der belarussischen Geschichte untrennbar verknüpft mit dem Sowjetstaat und der kommunistischen Ideologie".<sup>8</sup> Belarus galt fortan als diejenige Republik, die in Mentalität und Eigenbewußtsein unter allen Republiken der UdSSR am stärksten sowjetisiert war.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß aus den Reihen der KP Belarus' (KPB) kein Führer hervorging, der sich – wie Krawtschuk in der Ukraine oder Brasauskas in Litauen – als National-Demokrat profiliert und die Parole der nationalen Selbstbehauptung auf seine Fahnen geschrieben hätte. Im Gegenteil: Die KP-Nomenklatur wehrte sich mit allen Kräften gegen die Perestrojka Gorbatschows und unterstützte im August 1991 die Putschisten in Moskau, darunter auch A. Malafejew, damals Chef der KPB und heute Vorsitzender des von Lukaschenka eingesetzten Unterhauses ("Repräsentantenkammer"). Paradoxerweise machte sie seit 1990 sogar Anstalten, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Moskauer Zentrum zu lockern und den politischen Spielraum des Landes zu erweitern. Die KPB-Führung ließ sich dabei jedoch nicht etwa von den Vorstellungen der national-demokratischen Regimegegner nach nationaler Selbstbehauptung leiten. Vielmehr ging es ihr gerade umgekehrt darum, sich von dem gefährlichen Revisionismus Gorbatschowscher Prägung abzukoppeln, um diesen gemeinsam mit Gleichgesinnten in Moskau besser bekämpfen zu können und die überkommenen Verhältnisse in der Sowjetunion wiederherzustellen.

Anders als die meisten übrigen GUS-Staaten konnte Belarus somit seine Staatlichkeit nicht durch Appelle an ein wiedererwachendes Nationalbewußtsein begründen und behaupten – es ist sicher kein Zufall, daß sich entsprechende Führungsfiguren weder aus der KP-Nomenklatur noch aus der regimekritischen Opposition heraus erfolgreich profilieren konnten. Die einzige Chance zu nationaler Selbstbehauptung lag daher darin, Identität und Legitimation für dieses Projekt aus Aufbau und Entwicklung einer *demokratisch fundierten*

---

<sup>7</sup> Furman/Buchovec, a.a.O., S. 109.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 110.

*Bürgergesellschaft* zu gewinnen. Doch auch diese Chance konnte nicht genutzt werden, weil die Demokraten zu schwach und nicht in der Lage waren, eine Alternativelite zu bilden, die imstande gewesen wäre, das Land nach seiner Unabhängigkeit in Richtung politische und wirtschaftliche Reformen zu drängen. Historisch ist diese Schwäche nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die nationale Intelligenz unter Stalin und Hitler faktisch liquidiert wurde und die KP später jegliche Form von Dissidenz, soweit sie sich überhaupt regte, bereits im Ansatz erstickte. Tatsächlich vermochte die kaum gewendete Partei- und Staatsnomenklatur nach einer kurzen Schwächephase 1991/92 die strategischen Kommandohöhen in Politik, Wirtschaft, Militär und Massenmedien wieder fest in die Hand zu nehmen und den Spielraum der Demokratie stark einzugrenzen. Der nationaldemokratisch orientierte Atomphysiker Schuschkewitsch, der seit dem 25. August 1991 als Parlamentspräsident und damit zugleich als Staatsoberhaupt fungierte und gemeinsam mit dem Russen Jelzin und dem Ukrainer Krawtschuk am 8. Dezember 1991 die Sowjetunion aufgelöst hatte, hatte sich bis zu seinem Sturz im Januar 1994 mit großem Engagement gegen restaurative Tendenzen in der Innen- und Außenpolitik seines Landes gewehrt. Sein Handicap war, daß er über keine eigene Hausmacht verfügte und schließlich fast alleine dand, nachdem ihn die demokratischen Kräfte des zögerlichen Lavierens zwischen den Fronten geziehen hatten.

So befand sich Belarus am Vorabend der Präsidentenwahlen vom Juli 1994 in einem merkwürdigen Schwebezustand:

- Auf der einen Seite stand die "Partei der Macht" mit Ministerpräsident Kebitsch, früher Leiter der ZK-Abteilung für Schwerindustrie und Chef der Staatlichen Plankommission, als ihrem Spitzenkandidaten. Wie selbstverständlich wurde allgemein mit seinem Sieg gerechnet, zumal er faktisch unbegrenzten Zugriff auf die Massenmedien hatte und sich zudem stark für enge Beziehungen zu Rußland engagierte (Beispiel: Abkommen über eine Währungsunion von 1994, das freilich auf dem Papier blieb). Allerdings hatte die "Partei der Macht" ein gravierendes Handicap zu verzeichnen: Es war ihr nicht gelungen, den seit 1992 einsetzenden Verfall der Wirtschaft zu stoppen und überzeugende Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Die Folge war, daß Kebitsch und seine Mannschaft zunehmend in den Ruch von Inkompetenz, Stagnation und Korruption gerieten.<sup>9</sup>
- Auf der anderen Seite stand die in sich programmatisch und organisatorisch heterogene Opposition aus Volksfront, Liberaldemokraten und Sozialdemokraten. Zwar konnte sie mit der Verabschiedung der an europäischen Standards ausgerichteten Verfassung einen bemerkenswerten Erfolg erringen (der allerdings nur durch eine partielle Interessenkongruenz mit der "Partei der Macht" möglich wurde, denn diese spekulierte auf Übernahme des in der Verfassung vorgesehenen Präsidentenamts durch Kebitsch).

Bei den Wahlen jedoch hatten die Kandidaten der national-demokratischen Opposition von vornherein keine Chance: Ihr Elektorat beschränkte sich im wesentlichen auf Kreise der Intelligenz in Minsk und einigen anderen Großstädten. Die Volksfront als ursprünglich stärkste Kraft manövrierte sich selbst ins Abseits, vertrat sie doch in ihrer stark

---

<sup>9</sup> Vgl. hierzu im einzelnen: M. Hoff/Heinz Timmermann, Belarus in der Krise. Die "Partei der Macht" drängt auf Rückwendung nach Rußland, in: Osteuropa (Aachen), Nr. 8/1994, S. 723-742.

rußlandkritischen Haltung und ihrem Programm einer forcierten Durchsetzung der belarussischen Sprache Positionen, die bei der großen Bevölkerungsmehrheit auf Ablehnung stießen. Schließlich schien auch das Wirtschaftsprogramm der Opposition, das schrittweise Reformen mit einer stärkeren Balance der Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen verbinden wollte, wenig überzeugend auf Wähler, die in ihrer Mehrheit den materiellen Sicherheiten der Sowjetzeit nachtrauten.

Diese kritische Situation von Werteverlust, materieller Depravierung und Inkompetenz der Führung, die den Menschen keine Zukunftsperspektiven zu bieten schien, wußte Lukaschenka mit sicherem Instinkt zu nutzen. Nach einem furiosen Wahlkampf, in dem er faktisch auf sich allein gestellt war, verfehlte er im ersten Wahlgang vom Juni 1994 mit 45 Prozent der Stimmen nur knapp die notwendige absolute Mehrheit (Kebitsch: 17,3 Prozent; Pasnjak: 12,8 Prozent; Ex-Parlamentspräsident Schuschkekewitsch: 9,9 Prozent; der Chef des belarussischen Kolchosrats Dubko: 6 Prozent; KP-Führer Navikau: 4,9 Prozent).

In der Stichwahl vom Juli 1994 schließlich kam es zu einem regelrechten Erdrutsch: Mit 81 Prozent deklassierte Lukaschenka seinen ursprünglich hochfavorisierten Rivalen Kebitsch (14,1 Prozent) um Längen. Nicht zuletzt durch diesen hohen Wählerzuspruch, der 1995 in einem Referendum über Aspekte der Sprachenpolitik, der Staatssymbole und der Machtkompetenzen zugunsten des Präsidenten mit ähnlich hohen Stimmenergebnissen seine Wiederholung fand, fühlt sich Lukaschenka in seinem Anspruch auf Alleinherrschaft bestätigt und legitimiert. Worin liegt das Erfolgsgeheimnis des Präsidenten, wie sehen seine Argumente, seine Konzeptionen und seine konkreten Aktionen aus?

### **Konzeptionen und Aktionen des Präsidenten**

Eines der Erfolgsrezepte Lukaschenkas (Jg. 1954) liegt zweifellos darin, daß er den Menschen die Botschaft zu vermitteln versteht, er sei "einer von ihnen" und begreife unter allen Politikern am besten die Sorgen und Wünsche der Menschen. Tatsächlich hatte er in seiner Karriere als Komsomolsekretär, Instrukteur für Ideologie und politische Propaganda in verschiedenen Truppenteilen, Sekretär der Bildungsgesellschaft "Snanije" (Wissen), Vizedirektor eines Baukombinats, Parteisekretär einer Kolchose sowie schließlich als Kolchos- und Sowchosdirektor engen Kontakt mit Gesellschaft und sozialem Leben.<sup>10</sup> Darin unterschied er sich ganz wesentlich von der abgehobenen und dem täglichen Leben weitgehend entfremdeten Partei- und Staatsnomenklatur. Zugleich verweist sein Karrieremuster jedoch auf eine starke Verengung des geistigen Horizonts – Lukaschenkas Aufgabe war es abwechselnd, die Menschen ideologisch zu indoktrinieren und seinen Lehrstoff als mittlerer Manager sowjetischen Typs auch praktisch umzusetzen. Diese

---

<sup>10</sup> Vgl. die Angaben in *Novoe Vremja* (Moskau), Nr. 47/1996, S. 23. Zu Weltbild und Handlungsmustern des Präsidenten vgl. auch U. Markus, *A Product of the Soviet Era Takes Control in Belarus*, in: *Transition* (Prag), Nr. 17/1996, S. 6-11.



Eigenschaften prägen bis heute ganz entscheidend seinen politischen Stil und die Inhalte seiner Politik.<sup>11</sup>

Wer Lukaschenka agieren sieht, ist durchaus beeindruckt von den demagogisch-populistischen Agitationstalenten des Präsidenten sowie von seiner Fähigkeit, in teilweise freier Rede durch Verkehren von Sachverhalten, unzulässige Reduzierung komplizierter Probleme sowie persönliche Diffamierung politischer Gegner Massenversammlungen mitzureißen. So gesehen wäre es verfehlt, Lukaschenka kurzerhand als "Verrückten" und "Psychopathen" abzutun: Seine Strategie ist wohlüberlegt und trifft Mentalität und Befindlichkeit großer Bevölkerungsteile in Belarus ziemlich genau. Welches nun sind die zentralen Botschaften, die den Präsidenten beim Wahlvolk bis heute so erfolgreich sein ließen? Dazu im folgenden einige Stichworte, deren Reihenfolge keine Rangfolge ihres Gewichts bedeutet.

- Ganz wichtig für den Durchmarsch des Präsidenten war sein konsequentes Absatzmanöver von dem regierenden Nomenklatur-Establishment, das er nicht völlig zu Unrecht als inkompetent und korrupt brandmarkte. Dies wirkte auf die Menschen um so glaubwürdiger, als er selbst weder vor noch nach dem Umbruch zu den Führungsgruppen gehörte und im Parlament als Anti-Korruptionsjäger sogar vor Parlamentspräsident Schuschkevitsch und Ministerpräsident Kebitsch nicht haltgemacht hatte. Sich selbst präsentierte der Präsident als aufrichtigen und ehrlichen Politiker, der die Nöte der Menschen versteht, das abgewirtschaftete Establishment aus ihren Ämtern vertreibt und der Bevölkerung gleichsam als "Robin Hood von Belarus"<sup>12</sup> jene materiellen Sicherheiten zurückgibt, die sie durch den Zerfall der Sowjetunion und die Unfähigkeit der Minsker Politiker eingebüßt hatte.
- Lukaschenka versteht sich als Landesvater ("Batka"), der sein ihm anvertrautes Kind – Belarus – an die Hand nimmt, um es zuverlässig durch alle Widrigkeiten der Gegenwart in eine lichte Zukunft zu geleiten. Damit dies gelingt – so die für viele Belarussen offenbar eingängige Argumentation –, müsse der Präsident den direkten Dialog mit dem Volk pflegen und dürfe durch parallele oder intermediäre Gewalten nicht an der Erfüllung seiner Pflichten gehindert werden. Die an Theorie und Praxis totalitärer Regime erinnernde These von den Direktbeziehungen und den daraus erwachsenden wechselseitigen Verpflichtungen zwischen Präsident und Volk bildet einen zentralen Eckpfeiler im ideologischen Gedankengebäude Lukaschenkas.
- Die Mehrheit der Bevölkerung hatte demokratische Freiheiten und Unabhängigkeit des Landes keineswegs positiv erfahren, sondern hierin die Ursache für staatlichen Zerfall, umfassende Unsicherheit und wachsende Kriminalität gesehen. Daher traf Lukaschenkas Ruf nach einem autoritären Regime, das durch Ausbau der Sicherheitsagenturen mit harter Hand Gesetz und Ordnung schafft, in großen Teilen der Bevölkerung auf offene Ohren. In welche Richtung seine Vorstellungen dabei gehen, machte er in einem Interview mit dem Düsseldorfer "Handelsblatt" vom November 1995 deutlich, in dem er Hitler als Vorbild für

---

<sup>11</sup> Höchst anschaulich und plastisch charakterisiert Lukaschenka der polnische Publizist A. Michnik in seinem Beitrag: Sovetskij orel. O paradokсах kolchoznogo bonapartizma ("Der sowjetische Adler. Über die Paradoxien eines Kolchos-Bonapartismus"), in: Nezavisimaja gazeta (Moskau), 16.1.1997.

<sup>12</sup> So A. Majsenja, Belorusskaja Anomalija, in: Nezavisimaja gazeta, 18.9.1996.

die innere Neuordnung des Landes charakterisierte. Dieser habe Deutschland dank einer "starken Staatsmacht" sowie "der Vereinigung der Nation um einen Führer" aus der Krise geführt und konsolidiert. Weiter bemerkte Lukaschenka: "Die deutsche Ordnung hat sich über Jahrhunderte herausgebildet. Unter Hitler erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Dies ist genau das, was unserem Verständnis einer präsidentialen Republik und der Rolle des Präsidenten darin entspricht."<sup>13</sup>

Diese Einschätzung wirkt um so makabrer, als unter dem von Hitler angezettelten Zweiten Weltkrieg keine Region in der früheren Sowjetunion und weltweit mehr zu leiden hatte als Weißrußland. Proteste in der Bevölkerung gegen das präsidentiale Lob auf die Nazi-Diktatur hielten sich wohl nur deshalb in Grenzen, weil es lediglich von wenigen, im wesentlichen auf Minsk beschränkten Medien verbreitet wurde. Hinzu kam, daß Lukaschenka die Authentizität des Interviews kurzerhand dementierte, ohne von seinem Konzept des "starken Staates" irgendwelche Abstriche zu machen. Denn damit entspricht er den Vorstellungen vieler Menschen in Belarus.

- Nach dem Zerfall früherer Werte wenden sich viele Menschen der Russisch-Orthodoxen Kirche zu, die unter dem Zarismus stark gefördert und zur Staatskirche erhoben worden war.<sup>14</sup> Indem er die "Deideologisierung" und das "geistige Vakuum" insbesondere unter der Jugend beklagte, knüpfte Lukaschenka an diese Traditionen mit dem Ziel an, die Russische Orthodoxie als "einigenden Faktor" für seine Strategie zu instrumentalisieren. Zugleich möchte der Präsident damit sein Engagement für die Vereinigung mit Rußland unterstreichen: Das populäre Projekt einer Slawischen Union auf russisch-orthodoxer Grundlage hebt sein Ansehen nicht nur bei Patriarch Aleksij II., dem der Minsker Metropolit Filaret administrativ zugeordnet ist, sondern vor allem auch unter den russischen Nationalpatrioten. Allerdings ist dieses Vorgehen auch geeignet, die belarussische Gesellschaft weiter zu spalten, denn es drängt Katholiken beider Riten (rund 10 Prozent) und Juden (rund 1,5 Prozent) in Randpositionen.<sup>15</sup>
- Große Teile der Bevölkerung von Belarus nehmen die Abkehr von der Planwirtschaft, die Perspektive eines Rückzugs des Staates aus der direkten Verantwortung für die Betriebe sowie die Aussicht auf massive Privatisierung und umfassenden Wettbewerb nicht nur als Bedrohung für ihre materielle Sicherheit wahr. Vielmehr empfinden sie all dies ganz generell als eine Wirtschaftsweise, die den eigenen Traditionen und Mentalitäten fremd ist und dem Land vom Westen aufgedrängt werden soll.

Daher findet das präsidentiale Konzept eines "Marktsozialismus" als Königsweg zur Wirtschaftssanierung großen Anklang. Folgerichtig wird in der neuen Verfassung der Vorrang von Staatsintervention vor Wettbewerb, von Staats- und Kollektiveigentum vor Privateigentum de facto festgeschrieben.<sup>16</sup> Ihre populäre Version finden diese Grundpositionen beispielsweise darin, daß Lukaschenka Vertreter des noch schwachen

---

<sup>13</sup> Die kompletten Ausführungen zu Hitler sind abgedruckt in: Narodnaja Volja (Minsk), Nr. 33/Dezember 1995, S. 2 (das Handelsblatt verzichtete auf die Hitler-Passagen). Vgl. auch S. Bukčín, Nužen li Gitler Belarusi?, Narodnaja Volja Nr. 105/November 1996, S. 2.

<sup>14</sup> Vgl. Buchowjez, Die belarussische Idee ..., a.a.O., S. 39.

<sup>15</sup> Vgl. die Angaben in Jamestown Monitor Dienst 5.11.1996.

<sup>16</sup> A.a.O. Vgl. dazu die entsprechende Analyse bei V. Guliev, Kurs strany opredelit referendum, in: Nezavisimaja gazeta, 10.11.1996.

Finanz- und Industriekapitals als Schmarotzer und Ausbeuter charakterisiert. Vorhaltungen unzureichender Privatisierung begegnet er mit der Frage: "Ist denn die Milch, die man auf dem Markt kauft, schmackhafter als die Milch, die im gesellschaftlichen Sektor erzeugt wird?"<sup>17</sup> So umwerfend dieses Argument auf den westlichen Beobachter wirkt: Ganz offensichtlich kann Lukaschenka damit bei vielen Landsleuten auf Beifall rechnen.

- Die stärkste propagandistische Trumpfkarte zur Festigung seines Regimes bildet das Drängen des Präsidenten auf schrittweise Re-Integration mit Rußland bis hin zur staatlichen Wiedervereinigung. Diese restaurative Strategie ist, wie wir sahen, in weiten Kreisen der Bevölkerung sehr populär: Aus ihrer "sowjetischen Mentalität" heraus vertrauen viele Menschen den Zusicherungen Lukaschenkas, bei festem politischen Willen sei die schließliche Vereinigung ein realistisches Ziel, und dessen Verwirklichung werde die traditionellen Verbindungen insbesondere im Wirtschaftsbereich wiederherstellen sowie das frühere Lebensniveau sichern und übertreffen. Enge Beziehungen zu Rußland bilden so gesehen ein Substitut für einschneidende Wirtschaftsreformen.

Als Beleg für den Erfolg seiner Integrationspolitik dienen dem Präsidenten der Abschluß des Viererbundes zwischen Rußland, Belarus, Kasachstan und Kirgistan (März 1996) sowie des Zweierbundes zwischen Rußland und Belarus (April 1996), wobei er nicht zu erwähnen vergißt, daß er selbst jeweils als erster den Vorsitz des Leitungsgremiums ("Oberster Rat") übernahm.<sup>18</sup> Obwohl der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin im Oktober 1996 feststellte, daß die Zweiergemeinschaft aufgrund belarussischer Reformträgheit "nur auf dem Papier" stehe,<sup>19</sup> gelang es Lukaschenka, in den Augen der Bevölkerungsmehrheit (und auch fast aller politischen Lager in Moskau) "das Image des 'Integrators' weitgehend für sich zu monopolisieren"<sup>20</sup> und seine Gegner als Feinde der Integration zu stigmatisieren, darunter auch die alles andere als russophoben Führungen der KP und der Agrarpartei Weißrußlands.

Sucht man nach der neuen Qualität des Lukaschenka-Regimes gegenüber dem Nomenklaturregime Kebitsch, so zeigt sich, daß beide in ihren Inhalten nicht wesentlich differieren. Das gilt insbesondere für die Felder "Reformwiderstand" und "Integration mit Rußland". Die Unterschiede bestehen vor allem in einem: Kebitsch verfügte zwar über alle wesentlichen Machthebel (einschließlich der Unterstützung Moskaus); er wußte sie jedoch nicht mit einer überzeugenden Idee zu verbinden, sondern beschränkte sich darauf, die lähmende Stagnation zu verwalten. Sein Regime brach daher wie ein Kartenhaus in sich zusammen, als sich die Menschen weigerten, Macht ohne Zukunftsperspektiven zu wählen.

Lukaschenka dagegen verstand es, seine politische Strategie und seinen persönlichen Machtanspruch ideologisch zu überwölben und zu einem für viele Belarussen eingängigen Gesamtkonzept zu bündeln. Gerade diese Verbindung von Macht und Ideologie im Zeichen einer scharfen Freund-Feind-Polarisierung gibt dem Präsidentenregime seine spezifische

---

<sup>17</sup> ORT-Interview vom 22.10.1996.

<sup>18</sup> Eine Analyse der beiden Gemeinschaften findet sich bei A. Zagorski, Die neuen "Unionen" in der GUS: Ernsthaft und auf Dauer? in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 38/1996.

<sup>19</sup> Itar-Tass 17.10.1996.

<sup>20</sup> So A. Sahm, Letzter Akt des schleichenden Staatsstreichs in Belarus, Manuskript, Dezember 1996, S. 7.

Mobilisierungsfähigkeit und Schubkraft. Für seine internationale Umwelt (Rußland eingeschlossen) bildet er in seiner Unberechenbarkeit freilich einen erheblichen Risikofaktor: Im Falle voraussehbarer Mißerfolge insbesondere in der Wirtschaft erlaubt gerade die komplexe Ideologisierung von Politik und Macht kein pragmatisches Umsteuern, denn damit würde das Regime seine (Pseudo-)Legitimation untergraben. Vielmehr verlangt sie die Suche nach immer neuen Feinden als Quelle aller Widrigkeiten. Im Lukaschena-Regime ist eine solche gefährliche Negativdynamik strukturell angelegt.

### **Machtkampf und Ausschaltung der Anti-Lukaschenka-Opposition**

Nach seinem Amtsantritt im Juli 1994 konzentrierte sich Lukaschenka zielstrebig auf den Aufbau einer starken Präsidialadministration. Dies erschien ihm aus zwei Gründen dringend erforderlich. Zum einen hatte er zwar einen überwältigenden Wahlsieg errungen, wobei er sich insbesondere auf diejenigen Gruppen und Schichten stützen konnte, die am stärksten "sowjetisiert" waren: Bewohner ländlicher Gebiete und kleinerer Städte, Angehörige der danniederliegenden Industriebetriebe, Mitglieder der Sicherheitsorgane, Pensionäre und Kriegsveteranen. Dieser Erfolg konnte jedoch nicht durch das Auftreten des Präsidenten allein gesichert werden, wie es im Wahlkampf gelungen war. Vielmehr bedurfte es eines starken Propagandaapparats zur permanenten Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne des Präsidenten. Zum andern galt es, die Präsidialadministration zum Nervenzentrum sämtlicher Entscheidungsprozesse nach Art des Politbüros sowjetischen Typs auszubauen. Auf diese Weise degenerierte die Regierung zum ausführenden Organ der Präsidialadministration, die sich zudem über die sogenannte "präsidiale Vertikale" schon frühzeitig das Recht auf Ernennung der regionalen und lokalen Exekutivorgane gesichert hatte.

Eine besondere Rolle in diesem weitverzweigten Machtsystem des Präsidenten – und hier nicht zuletzt bei Planung und Durchführung des Referendums vom November 1996 – haben die Lukaschenka-Vertrauten Sametalin, Titenkow und Schejman in den Schlüsselbereichen Ideologie, Finanzen und Sicherheit übernommen.<sup>21</sup> Der frühere Politikinstrukteur Sametalin ist in seiner Funktion als Stellvertretender Leiter der Präsidentenadministration zuständig für den ideologischen Überbau des Regimes, ihm wird z.B. die Erfindung des Schlagworts "Marktsozialismus" zugeschrieben. Über die Ideologieproduktion hinaus obliegt ihm die Aufgabe einer strikten Kontrolle und faktischen Gleichschaltung der Medien: Das Informationsmonopol gilt dem Präsidenten als wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung seiner systemändernden Strategie.<sup>22</sup>

Wachsende Bedeutung im Präsidialapparat gewinnt der Wirtschaftsexperte Titenkow: Durch Gewährung von Steuerbefreiungen und Exportlizenzen sowie durch sonstige Manipulationen im Bereich der "kommerziellen Strukturen" nimmt er starken Einfluß auf die Wirtschaftsprozesse und füllt zugleich die "Schwarze Kasse" des geheimen präsidialen Spezialfonds (aus

---

<sup>21</sup> Zum folgenden A. Majsenja, a.a.O.

<sup>22</sup> Zur Durchsetzung des Medienmonopols vgl. die Dokumentation von A. Sahm in: Osteuropa, Nr. 9/1996, S.A. 441-453.

ihm wurde beispielsweise auf illegale und undurchsichtige Weise weitgehend die Organisation des Referendums 1996 finanziert). Ex-Parlamentspräsident Scharezkij spricht vor diesem Hintergrund von einer "faktischen Transformation der Präsidialverwaltung in einen eigenständigen Staat mit seinen Landgütern, großen Immobilienfonds, Betrieben und kommerziellen Strukturen".<sup>23</sup>

Staatssekretär Schejman seinerseits beaufsichtigt als Vorsitzender des präsidialen Sicherheitsrats die Machtministerien und -agenturen, die ihr Augenmerk zunehmend gegen fiktive Aktivitäten "innerer Feinde" richten. Durch kostspielige Aufblähung sind die Sicherheitsstrukturen in Form von Innenministerium, KGB und Lukaschenkas persönlicher Wache mit über 120.000 Mann mittlerweile wesentlich stärker als die auf 70.000 Mann reduzierte Armee. Erste Proben ihres harten Vorgehens gaben die Sicherheitsorgane im August 1995, als sie einen Streik des Minsker Metro-Personals und der Busfahrer in Gomel gesetzwidrig unterdrückten und damit ein Warnzeichen gegen mögliche weitere Arbeitskämpfe setzten.<sup>24</sup> Später profilierten sich die Sicherheitsorgane als zuverlässige Ordnungs- und Repressionsinstrumente des Präsidenten, als es darum ging, die Protestdemonstrationen der Opposition im Vorfeld des Referendums in die Schranken zu weisen. Schließlich ist noch auf eine weitere wichtige Funktion Schejmans zu verweisen: auf seine Aufgabe nämlich, kompromittierendes Material ("Kompromate") über Feinde und Freunde des Präsidenten zu sammeln. Dies bildet, wie die Erfahrungen in Rußland zeigen, ein wichtiges Instrument für politische Manipulation und Erpressung in Ungnade gefallener oder regimiekritischer Politiker.

Das Erstaunliche war, daß die Kritiker des Präsidenten trotz der flächendeckenden und multi-dimensionalen Repression Gegengewichte bilden konnten und zähen Widerstand gegen den geplanten Staatsstreich leisteten. Dies gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß in Belarus Fermente von Demokratie und europäischer Ausrichtung nicht völlig abgetötet sind, sondern nach Überwindung des Staatsstreich-Schocks wieder verstärkt wirksam werden.

So bildete die Opposition im Parlament unter Führung seines Vorsitzenden Scharezkij plötzlich die Mehrheit, als es darum ging, die demokratische Verfassung gegen die Anschläge des Präsidenten zu verteidigen.<sup>25</sup> Sie umfaßte die Kommunisten, die Agrarier und die Fraktionen der demokratischen Kräfte mit so prominenten Führungsfiguren wie Ex-Nationalbankchef Bagdankewitsch (Vorsitzender der Vereinigten Bürgerpartei), Parlaments-Vizepräsident Karpenka (Chef der Vereinigten Demokratischen Partei), Ex-Außenminister Krautschenka (Fraktionschef der sozialdemokratischen Gramada) und Ex-Parlamentschef Schuschekewitsch (Gramada-Fraktion). Unter Einschluß der Volksfront und einer Reihe

---

<sup>23</sup> Interview mit Nezavisimaja gazeta, 11.9.1996.

<sup>24</sup> Das Streikverbot wurde – ohne praktische Folgen – vom Verfassungsgericht aufgehoben, die Repression gegen Streikführer von europäischen Gewerkschaften, vom Internationalen Gewerkschaftsbund und vom Gener Internationalen Arbeitsamt (ILO) scharf verurteilt.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu Scharezkij's "Appell an das Volk von Belarus" unter dem Titel: Ljudi, bud'te bditel'ny! V respublike zepachlo fašizmom! ("Leute, seid wachsam! In der Republik riecht es nach Faschismus"), in: Narodnaja Volja, Nr. 81/September 1996.

gesellschaftlicher Organisationen bildeten die gleichen Parteien einen "Runden Tisch", der die Verfassungsverstöße des Präsidenten scharf geißelte und diesen zugleich einlud, gemeinsam nach Wegen der Verständigung zwischen den Machtzweigen zu suchen.

Bemerkenswert war, daß der Protest aus der Mitte der Verfassungsorgane mit wachsendem Widerstand aus der Gesellschaft zusammentraf, wobei sich die Opposition über enge Kreise der Intelligenz hinaus insbesondere unter der städtischen Bevölkerung, der jungen Generation, der Gewerkschaften, Unternehmergruppen und der Vielzahl der NGOs regte. Als im Frühjahr 1996 in Minsk erstmals seit der Streikwelle vom April 1991 wieder Massendemonstrationen stattfanden, diesmal vor allem zum Schutz von demokratischer Verfassungsordnung und nationaler Unabhängigkeit (und nicht vorrangig für soziale Ziele), wurde deutlich: Auch in Belarus sind Kräfte wirksam, die die Selbständigkeit des Landes verteidigen und zugleich einen europäischen Entwicklungsweg einschlagen wollen.<sup>26</sup>

Zunächst allerdings hatten die Lukaschenka-Kritiker der ideologischen und strukturellen Macht des Präsidenten nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, zumal sie mit Ausnahme des gemeinsamen Ziels der Verteidigung der Verfassung programmatisch in sich sehr heterogen sind, in ihrer Wirkung kaum über Minsk hinausreichen und auch über keine allgemein angesehene, konsensfähige Führungsfigur verfügen. Diese Schwäche seiner Gegner nutzte Lukaschenka gezielt und ohne Skrupel zu seinem kalten Staatsstreich. Wie im einzelnen ging der Präsident dabei vor?<sup>27</sup>

Vermutlich hatte das Streben nach Stärkung seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen den Präsidenten bereits seit seinem Amtsantritt im Juli 1994 umgetrieben. Manifest wurde es, als Lukaschenka die Neuwahlen zum Obersten Rat (Parlament), die im Mai und November 1995 (Nachwahlen) stattfanden, durch Herabwürdigung des Parlaments, durch materielle Restriktionen im Wahlkampf und durch persönliche Diskriminierung oppositioneller Kandidaten zu sabotieren suchte. Ein Scheitern der Parlamentswahlen hätte automatisch die präsidentiale Machtsäule aufgewertet. Als dies wider Erwarten nicht gelang und das Quorum für ein arbeitsfähiges Parlament schließlich doch erreicht wurde, zog Lukaschenka die Schrauben ein Stück weiter an: Die offene Konfrontation zwischen Präsidenten-Exekutive auf der einen sowie Legislative und Judikative auf der anderen Seite setzte voll ein.

Kern des Machtkampfs war ein für November 1996 angesetztes Referendum Lukaschenkas, das auf eine qualitative Änderung der bisherigen verfassungsmäßigen Gewaltenbalance zugunsten des Präsidenten hinauslief.<sup>28</sup> In seinen zentralen Punkten sah es vor, die Legislative in zwei Kammern aufzuspalten und faktisch zum verlängerten Arm der Präsidenten-

---

<sup>26</sup> Charakter und Umfang der Frühjahrsdemonstrationen analysiert U. Markus, *Demonstrations Against the President Prompt Harsher Crackdowns*, in: *Transition*, Nr. 15/1996, S. 46-49, 64. Auf die Frage nach der Bereitschaft zu einem Souveränitätsverzicht Weißrußlands bei einer staatlichen Vereinigung mit Rußland antworteten auf Umfrage des Minsker NOVAK-Instituts 35,8 Prozent der Teilnehmer positiv, 45,4 Prozent negativ, Bugrova/Naumova, a.a.O., S. 8f.

<sup>27</sup> Vgl. dazu A. Ott, *Das Referendum des Präsidenten Lukašenka*, in: *Aktuelle Analysen des BIOst*, Nr. 73/1996.

<sup>28</sup> Vgl. die Verfassung von März 1994, a.a.O.

Exekutive zu machen (was nicht zuletzt durch das Recht des Präsidenten zur Auflösung des Parlaments nachdrücklich unterstrichen wurde). Darüber hinaus sollte Lukaschenka den Zugriff auf das Verfassungsgericht erhalten, das starkem Druck der Exekutive mutig widerstanden und eine Vielzahl von Präsidentenerlassen – freilich ohne konkreten Effekt – für verfassungswidrig erklärt hatte. Insbesondere sollte dem Präsidenten das Recht zustehen, die Hälfte der Mitglieder des Verfassungsgerichts einschließlich dessen Vorsitzenden zu ernennen, was darauf hinauslief, dieses Organ zu einem "Tascheninstrument des Präsidenten" zu degradieren (so sein damaliger Präsident Tichinja).

Das Parlament seinerseits nahm den Fehdehandschuh auf, nachdem alle Bemühungen um Ausgleich mit Lukaschenka gescheitert waren. So präsentierte es für das Referendum einen von den Kommunisten und Agrariern ausgearbeiteten alternativen Verfassungsentwurf mit dem Ziel, das Präsidentenamt überhaupt abzuschaffen (in der Endfassung beließ es die Opposition bei dem Vorschlag einer Reduzierung der präsidentialen Kompetenzen). Weitere Punkte sahen für den Fall eines Scheiterns dieses Ziels wenigstens konkrete Maßnahmen zur Einhegung der Präsidentialmacht vor: Hinfort sollten die regionalen und lokalen Führungen direkt gewählt (und nicht wie bisher vom Präsidenten ernannt) werden. Ferner sollten alle drei Gewalten zukünftig aus einem einheitlichen Staatshaushalt finanziert werden, um so die aus undurchsichtigen Quellen gespeiste Finanzmacht des Präsidentialapparats zu reduzieren.

Das Verfassungsgericht gab dem Parlament volle Rückendeckung: Es geißelte den "juristischen Nihilismus" der Staatsführung und charakterisierte Lukaschenkas Pläne zur Verfassungsrevision als rechtlich unhaltbar, antidemokratisch und für einen mitteleuropäischen Staat völlig unangemessen.<sup>29</sup> Gleichwohl boten Legislative und Judikative dem Präsidenten wiederholt eine "Nulllösung" an, bei der die Kontrahenten auf das Referendum überhaupt verzichten und statt dessen eine Kommission bilden würden, die über möglicherweise notwendige Verfassungsänderungen berät.

Der Präsident lehnte einen solchen Ausgleich schroff ab, beharrte auf seinen Referendums-Fragen und verkündete der Welt Ende November 1996 einen überwältigenden Sieg: Nach offiziellen Angaben hatten 84,14 Prozent der Wahlberechtigten an dem Referendum teilgenommen und 70,45 Prozent dem Verfassungsentwurf Lukaschenkas zugestimmt (für den Alternativentwurf des Parlaments votierten dieser Version zufolge nur 7,9 Prozent). Ähnlich massive Erfolge für den Präsidenten verkündeten die Behörden in den beiden anderen Fragen: Knapp 70 Prozent der Wähler stimmten gegen eine direkte Wahl der lokalen Machtorgane und 65,9 Prozent gegen die Finanzierung der drei Machtzweige ausschließlich aus dem Staatsbudget.<sup>30</sup>

Anders als die Präsidentschaftswahlen von 1994 und mit Einschränkungen auch das Referendum von 1995, die Lukaschenka mit Ergebnissen um 80 Prozent für sich entschieden hatte, verlief das Plebiszit vom November 1996 freilich keineswegs "free and fair". Das bezog sich

---

<sup>29</sup> Nach Jamestown Monitor Dienst, 6.9.1996.

<sup>30</sup> Die offiziellen Ergebnisse der – von Lukaschenka eingesetzten – zentralen Wahlkommission finden sich in: Sovetskaja Belorussija, 27.11.1996.

zum einen auf die elektronischen Medien, die bereits 1995 zu zentralen Propagandainstrumenten des Präsidenten umfunktioniert worden waren: Neutrale Beobachtungen ergaben diesmal, daß Rundfunk und Fernsehen in Belarus im Zeitraum vom 9. bis 23. November 1996 in insgesamt 2.178 Sendeminuten 1970, d.h. über 90 Prozent, das Projekt des Präsidenten positiv einschätzten. Die Positionen des Parlaments dagegen erhielten Null Sendezeit, die übrigen 208 Minuten waren neutral gestaltet.<sup>31</sup> Die Vielzahl offener Manipulationen und Verfassungsbrüche zwingt zu dem – von internationalen Organisationen wie OSZE, EU und Europarat bestätigten – Schluß, daß die Ergebnisse des Referendums massiv zugunsten des Präsidenten gefälscht wurden.

Hier nur stichwortartig eine Liste von Beispielen für grobe Gesetzes- und Verfassungsverstöße, bei denen allenfalls strittig sein kann, ob man mehr über die Skrupellosigkeit oder über den Einfallsreichtum des Präsidenten-Teams staunen soll:

- Obwohl das Referendum auf den 24. November festgelegt worden war, konnte allgemein bereits seit dem 9. November votiert werden, wovon insbesondere auf dem Lande reichlich Gebrauch gemacht wurde. Eine neutrale Kontrolle über den regulären Verlauf des Referendums wurde somit unmöglich. Hinzu kommt, daß der präsidentiale Verfassungsentwurf den Wählern erst einige Tage *nach* dem 9. November vorlag, viele unter ihnen also über Sachverhalte abstimmen mußten, die sie gar nicht kannten.
- Als der vom Parlament gewählte Wahlleiter Gonschar gegen diese Manipulationen protestierte und den Referendumsergebnissen seine Anerkennung zu verweigern drohte, wurde er am 15. November von Lukaschenka kurzerhand abgesetzt und gewaltsam aus seinem Amt vertrieben. Gleichsam im Flüge übernahm und finanzierte die Administration des Präsidenten die gesamte Organisation der Wahlen, nachdem sie bereits zuvor den Druck der Stimmzettel besorgt hatte. Dies eröffnete massiven Fälschungen Tür und Tor.<sup>32</sup>
- Entgegen den Beschlüssen von Parlament und Verfassungsgericht (sowie unter Mißachtung des unter der Protektion Tschernomyrdins ausgearbeiteten Kompromisses zwischen den Konfliktparteien vom 22. November 1996<sup>33</sup>) gab der Präsident dem Plebiszit verbindlichen statt bloß konsultativen Charakter.
- Mit vorgezeichneten Stimmzettel-Mustern wurde noch in den Wahllokalen für das Projekt des Präsidenten geworben. Inländischen Wahlbeobachtern wurde der Zugang verwehrt. Internationale Beobachter hatten von vornherein auf offizielle Registrierung verzichtet, um der Wahlfarce keine Legitimation zu verschaffen.

Viele Beobachter im Westen und vor allem auch in Rußland gehen davon aus, daß der Präsident in jedem Fall die nötigen 50 Prozent der Wahlberechtigten für seine Vorschläge gewonnen hätte. Dies ist jedoch stark zu bezweifeln: Ganz offenbar hielt er selbst das Erreichen der 50-Prozent-Marke für unsicher und nahm daher – unter Inkaufnahme eines weiteren interna-

---

<sup>31</sup> The European Insititute for the Media, Press Release – Belarussian elections, Düsseldorf, November 1996.

<sup>32</sup> Dazu S. Anis'ko, Centrzbirkom Belorussii obezglavljen, in: Sogodnja (Moskau), 16.11.1996.

<sup>33</sup> Die wichtigsten Aspekte des "Kompromisses" von Minsk, an dessen Ausarbeitung auch G. Selesnev und E. Stroev, die Vorsitzenden der Staatsduma und des Föderationsrats, teilnahmen, finden sich bei M. Volkova/Ju. Karmanov, Rukovoditeli Belorussii sumeli dogovorit'sja, in: Nezavisimaja gazeta, 23.11.1996.



tionalen Imageverlusts und weltweiten Protests – zu einer massiven Fälschung der Referendumsergebnisse Zuflucht.

Wenn diese These richtig ist, so signalisiert das einen starken Popularitätsschwund Lukaschenkas.<sup>34</sup> Die eigentliche Herausforderung für den Präsidenten geht vorerst jedoch nicht von seinen politischen Gegnern aus, die sich nach dem Schock des Staatsstreichs erst neu formieren müssen. Vielmehr ist es der ungebrochene dramatische Abschwung der Wirtschaft, der die Hauptgefahr für Legitimation und Macht des Präsidenten bildet.

### **Dramatischer Verfall der Wirtschaft**

Der Verfall der belarussischen Wirtschaft, der nach künstlicher Verzögerung noch unter der Regierung Kebitsch 1992 begonnen hatte, hat sich unter Lukaschenka fortgesetzt und dramatische Formen angenommen.<sup>35</sup> Unter Hinweis auf das Anwachsen von Bankrotten, Arbeitslosigkeit, Budgetdefiziten und Außenschulden sprach der Präsident im Juli 1996 selbst von einem "freien Fall", in dem sich die Wirtschaft befinde. Vor diesem Hintergrund näherten sich – betonte er – die sozialen Spannungen einem kritischen Punkt.<sup>36</sup>

Die tiefe Wirtschaftsdepression in Belarus, die das Land mittlerweile auf den 116. Platz des Bonitäts-Ranking – noch nach Kasachstan, Ukraine und Usbekistan – hat abrutschen lassen,<sup>37</sup> hat objektive und subjektive Gründe. Die objektiven Ursachen liegen vor allem darin, daß das Land fast vollständig von ausländischen (sprich: russischen) Energielieferungen abhängig ist, die – von Moskau mit gewissen Abschlägen für Minsk auf Weltmarktpreis-Niveau hochgeschleust – von Belarus nicht mehr bezahlt werden können (BIP-Anteil der Energiekosten: 1990 1,7 Prozent, 1993 25 Prozent). Hinzu kommt, daß Belarus als "sowjetische Montagehalle" stark spezialisiert und hochgradig in die industrielle Arbeitsteilung der UdSSR eingebaut war.<sup>38</sup> Die Folge: Nach Errichtung von Zollgrenzen zwischen den GUS-Staaten sanken die belarussischen Exporte in diese Region von über 80 Prozent 1991 auf 53 Prozent 1996 drastisch ab, und auch die spätere Zollunion mit Rußland förderte eher die russischen Exporte nach Belarus als umgekehrt. So hatte das Land bis Ende 1996 bereits wieder ein Handelsbilanzdefizit von 1,4 Mrd. US-\$ angehäuft, darunter allein 624 Mio. bei Rußland (und

---

<sup>34</sup> So auch Ex-Staatschef Schuschkekewitsch, Der Staatsstreich des Präsidenten von Weißrußland, in: FAZ, 24.1.1997.

<sup>35</sup> Vgl. hierzu detailliert die Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (gemeinsam mit dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle), zuletzt die Untersuchung: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Vom Reformwiderstand zum Reformabbau, Bericht 45, Berlin 1996. Ferner die Einführung in IHK NRW, Branchenporträts Belarus, Düsseldorf 1996; eine Reihe einschlägiger Beiträge in: Sonderheft Belarus des Berliner Europa Forum, a.a.O.; zentrale Aussagen eines IWF-Berichts, zitiert nach O. Tomaševskaja, MVF konstatiruet uchudšenie sostojanija ekonomiki Belarusi, in: Belorusskaja Delovaja Gazeta (Minsk), 12.12.1996; sowie FAZ-Informationsdienste (Hrsg.), Länderbericht Ukraine/Belarus, Frankfurt Oktober 1996, S. 27-41.

<sup>36</sup> Interfax, 30.7.1996.

<sup>37</sup> Ost Wirtschafts Report (Düsseldorf), Nr. 9/26.4.1996, S. 162.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu E. Kožokin, Rossija-Belorussija: Opyty sbliženija, in: Vlast' v Rossii (Moskau), Nr. 49/Dezember 1996, S. 3-5.

485 Mio. beim Westen).<sup>39</sup> Zugleich war ein Ausweichen auf westliche Märkte wegen der schwachen Wettbewerbsfähigkeit belarussischer Produkte nur begrenzt möglich.

Angeichts einer Reihe günstiger Ausgangsbedingungen (geographische Lage, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer, niedriges Lohnniveau etc.) wäre es zwar denkbar gewesen, daß sich westliches Privatkapital verstärkt engagiert hätte. Dies gilt um so mehr, als die Zollunion zwischen Minsk und Moskau die Perspektive bot, in Belarus produzierte Waren zollfrei nach Rußland zu exportieren und das Land somit als zusätzliches Sprungbrett für den Einstieg in den russischen Markt zu nutzen. Aus verschiedenen Gründen engagierte sich das für die Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft dringend benötigte westliche Kapital jedoch nur zögernd: Anfang 1996 betrugen die akkumulierten Auslandsinvestitionen in Belarus amtlichen Angaben zufolge lediglich knapp 400 Mio. US-\$ – eine im Vergleich zu den Nachbarstaaten in Ostmitteleuropa verschwindend geringe Summe (Polen: 4,7; Ungarn: 11,4; Tschechien: 5,9 Mrd. US-\$). Die größten Investoren waren Ende 1995 Unternehmen aus Deutschland (114 Mio. US-\$), den USA (64 Mio. US-\$) und Polen (55 Mio. US-\$).<sup>40</sup>

Die Folgen dieser ungünstigen äußeren Faktoren lassen sich an dem stetigen Abschwung einiger zentraler Wirtschaftsindikatoren demonstrieren. So sanken im Zeitraum von 1992 bis 1995 das *Bruttoinlandsprodukt* (in Prozent gegenüber dem Vorjahr): -9,6, -10,6, -15,8, -10; die *Industriegüterproduktion*: -9,4, -7,4, -17,1 -20,5; die *Arbeitsproduktivität*: -7,2, -9,4, -13,5,

-8,3; die *Investitionen*: -29,0, -15,0, -11,0, -27.<sup>41</sup> Der Rückgang der Investitionen war damit fast dreimal so groß wie der des Bruttoinlandsprodukts, so daß die Perspektiven einer raschen Stabilisierung oder gar eines Aufschwungs der Wirtschaft düster einzuschätzen sind. Schlüsselte man die Investitionen – bestimmende Indikatoren für Wachstum und Innovation – nach zentralen Sektoren auf, so ergeben sich für das erste Halbjahr 1996 folgende überdurchschnittliche Rückgänge: Bauwirtschaft -41 Prozent, Kommunalwirtschaft -37 Prozent, Bildungswesen -39 Prozent, Kultur und Kunst -59 Prozent, Wissenschaft -78 Prozent.<sup>42</sup> So gesehen lebt Belarus faktisch von seiner Substanz. Ein eindrucksvolles weiteres Beispiel für den Wirtschaftsverfall bildet die Verschuldung zwischen den Betrieben, die Ende 1995 auf 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angewachsen war. Dies ist nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, daß die Betriebe einen Großteil ihrer Güter auf Halde produzieren (die Schätzungen schwanken zwischen 20 und 30 Prozent), da sie weder im Ausland noch im Lande selbst absetzbar sind.

Ihre eigentliche Zuspitzung erfuhr der Wirtschaftsabschwung aber erst dadurch, daß die objektiven Schwierigkeiten mit einem hartnäckig verteidigten Strukturkonservatismus zunächst unter Kebitsch und danach unter Lukaschenka zusammentrafen. Symptomatisch

---

<sup>39</sup> Angaben nach Belorusskaja Delovaja Gazeta, 12.12.1996.

<sup>40</sup> Angaben nach U. Weißenburger, Investitionen und Kapitalstockentwicklung in Weißrußland, in: Berichte des Bundesinstituts, Nr. 53/1996.

<sup>41</sup> Zahlen nach: UN-Wirtschaftskommission für Europa, Economic Survey of Europe in 1995-1996, Genf 1996, S. 54, 68.

<sup>42</sup> DIW-Bericht, S. 719. Vgl. im einzelnen Weißenburger, a.a.O.

hierfür sind Konzeption und Praxis des Präsidenten, wonach "die Regierung die stärkstmögliche Kontrolle über die Industrie des Landes" auszuüben hat.<sup>43</sup> Experten in Belarus erinnert dies an eine "umgekippte Pyramide, wo die Spezialisierung und die Entwicklungsrichtung nicht durch den Hersteller selbst, sondern durch den Staat, wie früher durch die Parteifunktionäre, vorgegeben wird".<sup>44</sup>

Aufgrund dieses hypertrophierten ökonomischen Etatismus hat der Transformationsprozeß in Belarus zu keinem Zeitpunkt jene kritische Masse erreicht, die die wirtschaftlichen und politischen Reformen unumkehrbar machen würde. Im Gegenteil: Das Mißtrauen gegenüber marktwirtschaftlichen Regelsystemen und Institutionen, die Vielzahl administrativer Eingriffe in die Wirtschafts- und Finanzstrukturen, der faktische Abbruch der großen Privatisierung – all dies läuft darauf hinaus, "daß eine Transformation zu einer Marktwirtschaft nicht mehr das Ziel der Politik ist".<sup>45</sup> Damit nimmt Belarus unter allen Staaten Mittel- und Osteuropas eine zweifelhafte Sonderstellung ein – die Position eines "Realsozialismus in einem Lande" nämlich, die den wirtschaftlichen Niedergang beschleunigt und Belarus in die Selbstisolierung treibt.

Auch hierzu nur einige Stichworte. Der Anteil des Privatsektors am BIP beträgt nur rund 15 Prozent (Ostmitteleuropa: 50 bis 70 Prozent), und das Anfang 1996 ausgearbeitete Regierungsdokument "Grundlinien der sozial-ökonomischen Entwicklung der Republik Belarus für die Jahre 1996-2000" enthält weder konkrete Objekte noch Termine für weitere Privatisierungen.<sup>46</sup> Im industriellen Bereich, der von einem rasch veraltendem Kapitalstock gekennzeichnet ist, wurden bisher nur rund 10 Prozent der Betriebe privatisiert (Rußland: 60 Prozent), und in der zu 80 Prozent verschuldeten Landwirtschaft wurde mit der Privatisierung kaum begonnen.

In der Werkzeugmaschinenbau-Branche, in der Belarus zu Sowjetzeiten führend war, sind 60 bis 70 Prozent der Anlagen verschlissen, und sollten aufgrund ausbleibender Privatisierung innovations- und wettbewerbsfördernde Reformen unterbleiben, so wird nach Einschätzung belarussischer Experten binnen kurzem "kein einziges Erzeugnis der weißrussischen Industrie konkurrenzfähig sein".<sup>47</sup> Sämtliche Betriebe – staatliche, private und Joint Ventures – mußten sich bis Anfang 1997 neu registrieren lassen, wobei über das Streben nach intensiverer politisch-administrativer Steuerung hinaus das Auffüllen des präsidentiellen Sonderfonds eine wichtige Rolle spielt. Denn über den Zugriff auf die entsprechenden Gebühren (1.000 US-\$ für kleinere Unternehmen) bietet die Neuregistrierung der Präsidentschaftsverwaltung allerlei Möglichkeiten für erpresserische finanzielle Arrangements.<sup>48</sup>

---

<sup>43</sup> Interfax, 13.5.1996.

<sup>44</sup> Werkzeugmaschinenbau kämpft ums Überleben und Reformen, in: Weißrußland und Unternehmen (Minsk), Nr. 4/1996, S. 4-5, hier S. 5.

<sup>45</sup> So das Fazit des DIW-Berichts, a.a.O., S. 733.

<sup>46</sup> Die Substanz der "Grundlinien" sowie eine einschlägige Kritik in: Weißrußland und Unternehmen, a.a.O., S. 28f.

<sup>47</sup> Werkzeugmaschinenbau kämpft ums Überleben und Reformen, a.a.O., S. 4ff.

<sup>48</sup> Vgl. hierzu Whd, Besorgniserregende Wirtschaftslage Weissrusslands, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.5.1996.

Hinzu kommt, daß der Präsident im Zeichen seines "Marktsozialismus" den Spielraum für die ohnehin schwachen Geschäftsbanken (insgesamt nur rund 40) radikal reduzierte und ihnen eine staatliche Mehrheitsbeteiligung aufzwingt. Nach Ansicht des Vizepräsidenten des belarussischen Unternehmerverbandes, A. Potupa, führen solche Maßnahmen unweigerlich zu einer "Totalisierung und Nationalisierung der Wirtschaft, an deren Ende ihr vollständiger Verfall steht". Ähnlich äußerte sich der damalige IWF-Vertreter vor Ort im April 1996: "Statt der unsichtbaren Hand des Marktes verteilt die sehr deutlich sichtbare Hand des Präsidenten die Ressourcen des Landes".<sup>49</sup>

Als zudem die Subventionen für Industrie und Landwirtschaft das Budget so stark belasteten, daß die den internationalen Finanzorganisationen zugesagten Obergrenzen nicht eingehalten werden konnten, stornierte der IWF im Frühjahr 1996 die zweite Tranche seines Beistandsprogramms über 200 Mio. US-\$. In seinem Gefolge gaben auch die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu verstehen: An Verhandlungen über neue Kredite und Projekte ist erst dann zu denken, wenn die Exekutive in Minsk über einen gewissen Zeitraum hinweg eine glaubwürdige Reformpolitik umsetzt. Gerade dies jedoch ist nicht zu erwarten, da der Präsident aufgrund ideologisch geprägter Überzeugungen alles tut, um das Entstehen einer kritischen Masse privater Wirtschaftsaktivitäten zu unterbinden.

Statt dessen setzt Lukaschenka alles auf die Karte "Re-Integration mit Rußland", in der Erwartung, Moskau werde Belarus damit dauerhaft günstige Energiepreise einräumen und dem Land im Zuge einer stufenweisen Entwicklung in Richtung Konföderation und Föderation seine frühere Vorzugsstellung im Rahmen der sowjetischen Arbeitsteilung zurückgeben. Von einer Wiederherstellung der alten Wirtschaftsbeziehungen werde auch Rußland profitieren, behauptete der Präsident, denn dann brauche Moskau weniger Waren im Westen zu kaufen und erhalte aus Minsk obendrein erhebliche Summen für den zentralen Haushalt, in den das Land zu Sowjetzeiten jährlich 3 Mrd. US-\$ eingezahlt habe.<sup>50</sup>

Von ähnlichen rückwärtsgewandten und unrealistischen Bezügen auf die Sowjetperiode geprägt sind Hinweise Lukaschenkas auf den Nutzen des Landes als militär-strategisches Vorfeld Rußlands, als "Rammbock gegen westliche Einflußnahme in der GUS".<sup>51</sup> Schließlich wurde der Präsident nicht müde, auf die Bedeutung von Belarus als zuverlässiges Transitland für die russischen Verkehrs- und Energieleitsysteme nach Westen hinzuweisen – in der Tat führen 70 Prozent der russischen Exporte nach Europa über Weißrußland. Der springende Punkt bei all diesen Offerten an Moskau als Substitut für innere Wirtschaftsreformen liegt darin, daß sich Lukaschenka als einzigen Garanten, als Motor der Integration präsentiert und gleichzeitig seine politischen Gegner als Feinde Rußlands und Figuren diskreditiert, die

---

<sup>49</sup> S. Anis'ko, Ukasy Lukašenka mogut privesci k razvalu bankovskoj sistemy, in: Segodnja, 6.6.1996, bzw. L. Sayenko, Belarus Heading Step by Step Into the Past, in: Moscow News, Nr. 20/1996, S. 5.

<sup>50</sup> Itar-Tass, 4.4.1996.

<sup>51</sup> So der Präsident im November 1995 in einer Rede vor Provinzpolitikern, Reuters, 21.11.1995. Zur Wiedereingliederung Weißrußlands in das russische Sicherheitsdispositiv vgl. P. Sadouski, Wieder Teil eines Militärblocks?, in: Wostok, Nr. 4/1996, S. 11-13.

Belarus an den Westen verschachern wollen. Auf die russische Führung scheinen solche Argumente durchaus Eindruck zu machen.

### **Moskau als parteiischer Schiedsrichter**

"Wir haben Belarus verraten": So lautete der Titel eines Beitrags des liberalen Staatsduma-Abgeordneten Borowoj in der Tageszeitung "Iswestija", nachdem die Ergebnisse des Referendums bekanntgegeben worden waren und Ministerpräsident Tschernomyrdin dem Präsidenten ein Glückwunschtelegramm gesandt hatte, in dem er den Ablauf des Plebiszits als korrekt und Ausdruck des Volkswillens charakterisiert hatte.<sup>52</sup> "Nur eine feste Präsidialmacht, gestärkt durch die Verfassung, ist die wichtigste Bedingung für eine stabile und demokratische Entwicklung in Belarus", telegrafierte Tschernomyrdin aus Paris und erkannte damit als weltweit einziger unter seinen Kollegen das Plebiszit-Ergebnis explizit an.<sup>53</sup> Gewiß wird man der Führung Rußlands, das für den Ausgang des Machtkampfs in Belarus eine Schlüsselstellung einnahm, zugestehen müssen, daß sie sich hier in einem gewissen Dilemma befand.

Auf der einen Seite kann Moskau Turbulenzen an seiner Westflanke nicht gebrauchen, weil dies seine Strategie stört, Belarus evolutionär in den russischen Hegemonialbereich einzubeziehen, ohne selbst die direkte Verantwortung für die krisenhaften innen- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen des Landes übernehmen zu müssen. Diese Strategie hatte bis dahin reiche Früchte getragen. So konnten Bestrebungen zur Herausbildung eines "Cordon sanitaire" in Form einer Baltikum-Schwarzmeer-Zwischenzone, wie sie Moskau nach dem Zerfall der Sowjetunion mit Argwohn registrierte, durch Herausbrechen des Verbindungsglieds Belarus bereits im Keim erstickt werden.<sup>54</sup> Im einzelnen wurde die weitere Benutzung der strategischen Funk- und Abwehrsysteme Rußlands an der Westgrenze von Belarus gestattet, Vereinbarungen über die gemeinsame Grenzsicherung geschlossen, der Zugriff auf den Militär-Industrie-Komplex und einen Großteil der energieverarbeitenden Anlagen möglich gemacht (als Ausgleich für weißrussische Schulden)<sup>55</sup> und der zuverlässige Transit für die russischen Verkehrs- und Energieleitsysteme nach Westen gewährleistet (auch als Alternative für die Anlagen in der von Moskau als politisch unzuverlässig angesehenen Ukraine).

Lukaschenka selbst ist bei der Moskauer Führung eher unbeliebt und gilt als schwieriger Partner. Die wichtigsten Gründe hierfür sind: Seine scharfe Kritik an dem Beschluß der Dreiergruppe Jelzin/Krawtschuk/Schuschekewitsch zur Auflösung der Sowjetunion am 8. Dezember 1991 (von der er Jelzin freilich aus taktischen Gründen mit dem wenig schmeichelhaften Argument ausnahm, er sei von seinen beiden Kollegen "einfach betrogen worden"<sup>56</sup>); sein Drän-

---

<sup>52</sup> Izwestija (Moskau), 5.12.1996.

<sup>53</sup> S. Piscounov, Strategic interests rouse support, in: Minsk Economic News, Nr. 23/Dezember 1996, S. 1.

<sup>54</sup> Hierzu Europa-Institut (Hrsg.), Geopolitičeskie peremeny v Evrope, politika zapada i al'ternativy dlja Rossii, Moskau 1995, S. 28f. und 59f.

<sup>55</sup> Im einzelnen dazu Kožokin, a.a.O., S. 4.

<sup>56</sup> ORT-Interview, 23.10.1996.

gen auf überstürzte Union mit Rußland; seine Linie innerer Restauration in Politik und Wirtschaft; seine wiederholte Kritik an der Reformpolitik der Jelzin-Führung und deren mangelndem Integrationsengagement. Bezeichnenderweise weigerte sich Lukaschenka als einziger unter den GUS-Führern zunächst, den Präsidentschaftskandidaten Jelzin zu unterstützen. Wiederholt kritisierte die Moskauer Führung den durch die Aktivitäten Lukaschenkas bewirkten integrationshemmenden Trend zu einer weiteren wirtschaftlichen und politischen Auseinanderentwicklung beider Staaten. Ausgerechnet in Brest verkündete Jelzin im Juni 1996, es werde keine Integration geben, solange sich die Reformen in Rußland und Belarus nicht in gleicher Geschwindigkeit vollzögen. Bereits zuvor war er sogar so weit gegangen, die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte durch die Lukaschenka-Exekutive öffentlich zu rügen.<sup>57</sup>

Auf der anderen Seite jedoch galt Lukaschenka der Moskauer Führung trotz aller fragwürdigen Aspekte seiner Konzeption und seiner Person als zuverlässiger Vorkämpfer russischer Interessen, als das geringere Übel im belarussischen Machtkampf. Schließlich war er nach dem Zerfall des äußeren und inneren Imperiums der einzige Verbündete geblieben, der sich in den internationalen Beziehungen – z.B. im Kampf gegen die NATO-Erweiterung – voll auf die Seite Moskaus geschlagen hatte. Offenbar ist die Jelzin-Administration der Ansicht, Lukaschenka von außen steuern zu können – nicht zuletzt durch gezielten Einsatz ökonomischer Hebel. Von der belarussischen Opposition dagegen erwartet sie nichts Gutes – teilweise hält man sie schlicht für rückwärtsgewandt und inkompetent (Kommunisten, Agrarier), teilweise schätzt man sie als Kräfte mit starken antirussischen und prowestlichen Neigungen ein (Nationaldemokraten, Liberale).

Hinzu kam: Einflußreiche Politiker wie Lebed, Schachraj und der Moskauer Oberbürgermeister Luschkow engagierten sich aus geopolitischen Gründen und machtpolitischen Ambitionen öffentlich stark für Lukaschenka, und die Staatsduma bot dem Präsidenten in der heißen Phase der Konfrontation sogar eine Tribüne zur Popularisierung seiner Projekte (während sie sich entsprechenden Bitten von Spitzenpolitikern der Minsker Opposition verweigerte). Nur die Jabloko-Fraktion entzog sich der "Schau und Clownerie" (Jawlinskij) des Lukaschenka-Auftritts durch Auszug aus dem Parlament.<sup>58</sup> Möglicherweise befürchtete die Jelzin-Führung, ein mangelnder Einsatz für Lukaschenka könnte ihr von den "Nationalpatrioten" als Anschlag auf jenes Ziel ausgelegt werden, das sie sich selbst als Priorität in den Außenbeziehungen gesetzt hat: die Stärkung der Integrationsprozesse innerhalb der GUS.

So riefen die Jelzin-Administration und die Staatsduma die Konfliktparteien zwar wiederholt zu verstärkten Bemühungen um eine friedliche Lösung des Machtkampfs auf und suchten in einer teilweise hektischen Reisediplomatie zwischen ihnen zu vermitteln. Tatsächlich nahm die russische Seite jedoch eindeutig zugunsten Lukaschenkas Stellung, indem sie sein

---

<sup>57</sup> Nach L. Sayenko, Belarus: A Coup Up Top, in: Moscow News, Nr. 30/1996, S. 2, bzw. Itar-Tass, 19.5.1996 (Rede in Omsk).

<sup>58</sup> Ausführlich hierzu die Berichterstattung in Nezavisimaja gazeta und Segodnja vom 19.11.1996.

strategisches Ziel nicht in Frage stellte, sondern ihn lediglich zu gewissen taktischen Konzessionen veranlaßte (z.B. Verschiebung des Referendum-Termins vom eigenmächtig festgelegten 7. November auf den vom Parlament bestimmten 24. November, Bildung einer von Lukaschenka und seinen Anhängern dominierten Kommission zur Revision der Verfassung). Die einseitige Parteinahme Moskaus ist insofern erstaunlich, als die zuvor beschriebene "Null-Lösung" dem Präsidenten ja nichts von seiner auch so starken Position, die er selbst früher einmal mit der Macht des Zaren verglichen hatte, genommen hätte.

In einer vernichtenden Analyse des Lukaschenka-Regimes hatte bereits im September 1996 ein Exponent der belarussischen Demokratie die rhetorische Frage gestellt, was für einen Staat Rußland zukünftig als westlichen Nachbarn haben wolle – "einen Dominion-Staat mit einer lebensunfähigen Wirtschaft und einem Marionettenregime lateinamerikanischen Typs oder einen zuverlässigen Verbündeten demokratischer Prägung?"<sup>59</sup> Im belarussischen Machtkampf hat sich Rußland deutlich zugunsten seiner strategischen Interessen "für das Regime und gegen das Volk",<sup>60</sup> gegen die aufkeimenden Kräfte der Demokratie entschieden.

Möglicherweise wird diese Entscheidung in wichtigen Punkten negativ auf Rußland zurückwirken. Eine solche Perspektive hatte die angesehene "Literaturnaja gazeta" im Auge, als sie mit Blick auf den Staatsstreich in Belarus titelte: "Die Gefahr kommt aus dem Westen".<sup>61</sup> Als Indizien hierfür werden – auch in den russischen Medien – genannt:

- Die restaurative Wirtschaftspolitik der Lukaschenka-Administration unterminiert nicht nur das Streben Rußlands nach verstärkter Integration, sondern Minsk entwickelt sich darüber hinaus zu einem kostspieligen Parasiten, der Moskau zur permanenten Alimentierung Weißrußlands zwingt.<sup>62</sup> Politisch ist der exzentrische Präsident sprunghaft und unberechenbar – auch gegenüber den Machthabern in Moskau. Die demokratischen Kräfte in Belarus ihrerseits, ursprünglich keineswegs durchgehend russophob, sind über das einseitige Handeln Moskaus tief enttäuscht. Voraussichtlich werden sie eine kritischere Haltung zur Integration mit Rußland einnehmen, die sich als Vehikel zur Stärkung der uneingeschränkten Macht Lukaschenkas erwiesen hat.
- Nach einer gewissen Schockstarre ist mit Unruhen, Demonstrationen und Streiks gegen das Regime zu rechnen, die die Stabilität des Landes als Fiktion entlarven. Denn der Präsident ist im Innern alles andere als der große Integrator. Vielmehr hat er die belarussische Gesellschaft tief gespalten, wobei die Trennlinien zwischen seinen Anhängern und Gegnern, zwischen Hauptstadt und Provinz, zwischen Jugend und Pensionären verläuft.<sup>63</sup> Schließlich wird die Opposition moralische Unterstützung für ihr Projekt einer Eingliederung in die europäischen Prozesse verstärkt beim Westen suchen, nachdem sie sich von Rußland im Stich gelassen fühlt.

---

<sup>59</sup> So A. Majsenja, a.a.O.

<sup>60</sup> A. Mošes, "Belorusskij vopros" i interesy Rossii, in: Segodnja, 26.11.1996.

<sup>61</sup> D. Šušarin, Opasnost' prichodit s Zapada, in: Literaturnaja gazeta (Moskau), Nr. 47/20.11.1996, S. 1f.

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> L. Saenko, Linija raskola, in: Moskovskie Novosti, 24.11.-1.12.1996 S. 4.

- Lukaschenkas Sympathien in Rußland gelten den Kräften der Opposition und nicht der Jelzin-Administration. Zwar konnte ihm eine Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes von KP-Chef Sjuganow bisher nicht nachgewiesen werden. Nicht zu übersehen war jedoch, daß er auf dessen Erfolg spekulierte, weil er sich davon ideelle und materielle Vorteile zur Stabilisierung seines Regimes und zur Beschleunigung der Integration mit Rußland unter restaurativen Bedingungen versprach. Voraussichtlich wird der Präsident in Zukunft enge Kontakte zu jenen Gruppierungen in Rußland halten, die im Zeichen einer slawisch-imperialen Ideologie die Jelzin-Administration scharf bekämpfen.
- Hierbei weisen die Ambitionen Lukaschenkas sogar weit über die Enge seines Landes hinaus – nach eigenen Angaben träumt er davon, eines Tages überhaupt eines vereinigten russischen Staates zu werden. In solchen Visionen, die im Falle ihrer Realisierung die Machtverhältnisse in Rußland grundstürzend verändern könnten, sieht er sich zum einen durch den Umstand bestärkt, daß er zum Vorsitzenden sowohl der Zweiergemeinschaft als auch der Vierergemeinschaft benannt wurde. Zum anderen schöpft er Zuversicht aus der Tatsache, daß hochrangige Repräsentanten der "Nationalpatrioten" in Rußland selbst – so der Vorsitzende der Liberaldemokraten, Shirinowskij, und der Stellvertretende Staatsdumavorsitzende, Baburin – für die Zukunft eine Kandidatur des noch jungen Lukaschenka für das russische Präsidentenamt vorschlagen.<sup>64</sup>
- Ein unberechenbarer, von persönlichem Machtstreben getriebener Diktator bildet keine zuverlässige Garantie für eine dauerhafte Nutzung der militärstrategischen Anlagen Moskaus an der Westgrenze Weißrußlands und für sichere Verkehrs- und Leitungssysteme Rußland-Belarus-Westeuropa. Zwar ist der Spielraum Lukaschenkas aufgrund der Abhängigkeiten Weißrußlands von russischen Energielieferungen begrenzt. Das Hin und Her um den Abtransport der letzten Nuklearwaffen und strategischen Raketen nach Rußland gerade in der Periode der innerbelarussischen Konfrontation hat jedoch nachdrücklich demonstriert, daß der Präsident gegenüber Moskau vor Erpressungsmanövern keineswegs zurückschreckt.<sup>65</sup>
- Auch im Hinblick auf eine vertiefte Integration könnte Moskau unangenehme Überraschungen erleben. So verband Lukaschenka in seiner Rede vor der Staatsduma die Klage, daß "einzelne Kräfte in Rußland" (sprich: die Jelzin-Administration) analog zu westlichen Staaten Belarus wirtschaftlich zu erpressen suchten, mit der Ankündigung, auf parlamentarischer Ebene schon bald Initiativen "zur Vereinigung beider Völker" einzuleiten.<sup>66</sup> Nach Ausschaltung der Lukaschenka-kritischen Opposition könnte sich Jelzin somit künftig einer Einheitsfront der restaurativ ausgerichteten Parlamente in Moskau und Minsk gegenübersehen, die die eher pragmatische Integrationsstrategie der Moskauer Führung durch gemeinsame voluntaristische, ideologisch-imperial geprägte Vorstöße konterkariert.
- Die junge russische Demokratie diskreditiert sich selbst, wenn sie als Protektorin eines reformfeindlichen, diktatorischen Regimes im Herzen Europas auftritt und sich auf internationalen Foren (wie dem Lissabonner OSZE-Gipfel vom Dezember 1996) als

---

<sup>64</sup> Vgl. dazu O. Gusak, Lukaschenko auf dem Weg zum "Führer aller Slawen"?, in: Wostok, Nr. 1/1997, S. 5-7; A. Starikevič, Rossijskaja oppozicija vybiraet Lukašenko, in: Izvestija, 7.12.1996; sowie A. Olegov, Lukašenko metit v presydeny Rossii, Ogonek (Moskau), Nr. 43/1996, S. 22f.

<sup>65</sup> Hierzu Jamestown Monitor Dienst, 14.10.1996.

<sup>66</sup> Die Kernpunkte der Lukaschenka-Rede, a.a.O.



einzigster europäischer Staat gegen eine Verurteilung der Farce des Referendums ausspricht. Solche Positionen sind geeignet, das Rußlandbild der Ostmitteleuropäer nach dem Moskauer Vernichtungskrieg in Tschetschenien noch weiter einzutrüben und die Prozesse europäischen Zusammenwachsens zu unterminieren.<sup>67</sup> Was schließlich die internationale Staatenwelt angeht, so würde sie es selbstverständlich akzeptieren, wenn sich die Bevölkerung Weißrußlands in freier und fairer Wahl für die Vereinigung mit Rußland entschied. Probleme im Verhältnis zu Rußland entstünden freilich dann, wenn diese aufgrund manipulierter, allen Regeln internationaler Organisationen wie OSZE und Europarat widersprechender Voten vollzogen würde.

Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, ob der Vorschlag Jelzins an Lukaschenka vom Januar 1997, Rußland und Belarus nach einer etappenweisen Verschmelzung der Staats- und Wirtschaftsstrukturen per Referendum schließlich zu vereinigen, ernst gemeint ist oder ob es sich hier wie bei früheren Gelegenheiten eher um ein taktisches Manöver handelt.<sup>68</sup> Möglicherweise betreiben Teile des Jelzin-Apparats – wie der Stellv. Vorsitzende der Administration, Schachraj, der sich bereits bei der Einleitung des Tschetschenien-Abenteuers Ende 1994 als Falke profiliert hatte – gemeinsam mit den "Nationalpatrioten" tatsächlich eine aktive Vereinigungsstrategie: Für diese Kreise bildet sie eine angemessene Antwort auf die geplante Öffnung der NATO nach Osten,<sup>69</sup> bietet doch die Absorption von Belarus Moskau den direkten Zugriff auf das militärstrategische Vorfeld Rußlands nach Westen. Allerdings würde dies die anlaufenden Verhandlungen bezüglich eines Dokuments über besondere Beziehungen (Charta oder Vertrag) NATO-Rußland komplizieren: Mit einem Vorrücken russischer Truppen – möglicherweise einschließlich nuklearer Komponenten – an die belarussisch-polnische Grenze würden Zusicherungen der NATO in Frage gestellt, auf dem Territorium von Beitrittskandidaten keine Atomwaffen und keine fremden Truppen zu stationieren. Anders ausgedrückt: Die russischen Klagen über ein Vorschieben der NATO-Militärinfrastruktur nach Osten (Außenminister Primakow) würden an Überzeugungskraft verlieren, falls Moskau seinerseits seine Militärinfrastrukturen nach Westen vorschieben würde.

So ist vorerst davon auszugehen, daß die Jelzin-Initiative eher taktisch motiviert war – ganz ähnlich wie die Bildung des Zweierbundes Rußland-Belarus vom April 1996, der dem Wahlkämpfer Jelzin Rückenwind verschaffen sollte (und seither tatsächlich wenig Effizienz zeigte). Für eine solche Einschätzung spricht nicht zuletzt der Umstand, daß Jelzin für einen erfolgreichen Vereinigungsprozeß eine Reihe von Voraussetzungen nannte, die das Lukaschenka-Regime aufgrund seiner geschilderten ideologisch-restaurativen Fixierung nur schwer erfüllen kann, z.B. "die Umsetzung eines Programms zur Synchronisierung der Wirtschaftsreformen in beiden Ländern" sowie die Ausarbeitung einer "einheitlichen normativen Rechtsbasis und einer einheitlichen Steuergesetzgebung".<sup>70</sup> Wie es scheint, wurde

---

<sup>67</sup> Ähnlich R.M., Moskaus dubioses Kalkül in Minsk, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.11./1.12.1996.

<sup>68</sup> Ausführlich referiert den Vorschlag Jelzins Pressesprecher S. Jastrshembski, Interfax, 13.1.1997.

<sup>69</sup> Vgl. Schachrajs Interviews in Itar-Tass, 6.1.1997, und Interfax, 13.1.1997.

<sup>70</sup> Jastrshembski, a.a.O.

die Jelzin-Initiative vor allem aus zwei Gründen lanciert. Nach innen sollte der Kritik des nationalpatriotischen Lagers entgegengewirkt und demonstriert werden, daß der Präsident trotz physischer Schwäche auf zentralen Politikfeldern die Interessen Rußlands kraftvoll wahrnimmt, und nach außen sollte die Initiative günstige Ausgangspositionen für die Vertragsverhandlungen Rußlands mit der NATO abstecken. Daß die Kreml-Führung nach ihrer einseitigen Parteinahme in der Verfassungskrise damit die Position Lukaschenkas – auch gegenüber Moskau – weiter stärkte, nahm sie offenbar in Kauf.

### **Selbstisolierung nach Westen**

Eingangs wurde darauf verwiesen, daß der Westen Belarus nach Erlangung seiner Unabhängigkeit 1991 zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Als sich dies seit 1993/94 allmählich änderte, baute Belarus selbst Hürden für eine Intensivierung der Beziehungen in westliche Richtung auf: Die zunehmend autoritären prorussischen Positionen des Präsidenten schufen im Westen Irritationen bis hin zu Zweifeln, ob man es in Zukunft überhaupt noch mit einem unabhängigen Staat auf dem Wege zur Demokratie zu tun haben werde. Macht es Sinn – so fragte man in westlichen Kanzleien – , mit einem sich selbst in Frage stellenden Staat die Beziehungen zu vertiefen und zukunftsweisende Verträge abzuschließen?

Tatsächlich gleicht die Westpolitik Lukaschenkas eher einer Chronique scandaleuse als dem Bemühen um Einschluß in die zivilisierte Staatengemeinschaft. So wurde Außenminister Kinkel beschuldigt, den Bürgerkrieg in Belarus zu provozieren, nachdem er bei seinem Besuch in Minsk auch Lukaschenka-kritische Parlamentarier empfangen hatte (August 1995). Später wurden amerikanische Ballonfahrer mit tödlichen Folgen abgeschossen, ohne daß sofort eine offizielle Entschuldigung erfolgt wäre (September 1995). Die Reihe setzte sich fort mit dem öffentlichen Vorwurf des Präsidenten an westliche Botschafter, das Land destabilisieren zu wollen, nachdem ihr Gruppengespräch ganz offensichtlich abgehört worden war (September 1996). Schließlich provozierte Lukaschenka auch einzelne ostmitteleuropäische Nachbarstaaten, indem er im Sommer 1996 Politiker und Gewerkschafter aus der Ukraine bzw. Polen festnehmen ließ, die den Demonstranten und Streikenden in Belarus ihre Solidarität bekunden wollten. Sein einziger Staatsbesuch in westliche Richtung führte Lukaschenka im Juli 1996 nach Paris.<sup>71</sup> Er ist – zumindest heimischen Parlamentariern – vor allem deshalb in unangenehmer Erinnerung, weil ihn der Präsident zum Anlaß nahm, dem Publikum eine Wesensgleichheit seiner angestrebten starken Präsidentschaft mit dem Präsidialsystem de Gaulles zu suggerieren.

Trotz der antiwestlichen Grundeinstellung des Präsidenten und seiner doppelten Sprache – die angeblich hervorragenden Investitionsbedingungen, auf die er im Ausland verweist, werden vor Ort durch administrative Willkür konterkariert<sup>72</sup> – waren insbesondere die EU und einzelne ihrer Mitgliedstaaten bemüht, Belarus in die Prozesse europäischen

---

<sup>71</sup> Einzelheiten bei A. Portnov, Pervyj oficial'nyj vizit Lukašenka na Zapad, in: Nezavisimaja gazeta, 17.7.1996.

<sup>72</sup> Drastisch hierzu FAZ-Informationsdienste, Länderbericht Ukraine/Belarus, a.a.O., S. 27.

Zusammenwachsens einzubeziehen. So ist Deutschland nach Rußland und der Ukraine mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Mrd. DM 1995 mittlerweile größter Außenhandelspartner des Landes, und auch bei den Direktinvestitionen liegt es mit 120 Mio. DM in der Spitzengruppe.<sup>73</sup> Darüber hinaus wurde Belarus im Rahmen von "Transform", dem Programm der Bundesregierung für technische Hilfe für Osteuropa, im Zeitraum von 1994 bis 1996 mit insgesamt 45,95 Mio. DM gefördert. Im Vordergrund standen dabei die Bereiche Aus- und Fortbildung, betriebliche Umstrukturierung sowie Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen.<sup>74</sup> Bemerkenswert war auch das Engagement der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Brandenburg in Belarus. Gemeinsam mit Aktivitäten gesellschaftlicher Organisationen, Städtepartnerschaften (insgesamt 11) und privaten Initiativen insbesondere im Zusammenhang mit Tschernobyl<sup>75</sup> wurde eine Vielzahl von Direktkontakten mit dem Ziel geknüpft, die heranwachsende politische und wirtschaftliche Elite zu fördern, das "Humankapital" weiter zu qualifizieren und akute Not zu lindern.

Gerade wegen des vergleichsweise starken Engagements für die Unterstützung von Demokratie und Reformen in Belarus setzte sich die Bundesregierung bis kurz vor dem Referendum bei ihren westlichen Partnern erfolgreich für gemeinsame Initiativen und für Appelle an die Führung in Minsk ein, zur Verfassungsmäßigkeit zurückzukehren und ihr Land nicht weiter zu isolieren (Einbestellung der belarussischen Botschafter in mehreren westlichen Hauptstädten einschließlich Washington am 21./22. November 1996, Botschaft des amtierenden EU-Ratspräsidenten Spring an Lukaschenka vom 23. November 1996).<sup>76</sup> Bereits zuvor hatten Regierung und Bundestag mit der bedrängten Lukaschenka-kritischen Opposition auch praktische Solidarität geübt – beispielsweise dadurch, daß sie im Oktober 1996 Ex-Außenminister Krautschenka in Bonn empfingen und dabei öffentlich den Abwehrkampf der Minsker Legislative unterstützten.<sup>77</sup>

Die EU ihrerseits war 1995 mit einem Anteil von 22 Prozent der Exporte Weißrußlands und 28 Prozent seiner Importe nach Rußland der größte Handelspartner des Landes.<sup>78</sup> Das Tacis-Programm Brüssels, das ähnlich wie Transform technische Hilfe beim Aufbau marktwirtschaftlicher und demokratischer Strukturen leistet, förderte Belarus bis 1995 mit insgesamt 52 Mio. ECU. Der Schwerpunkt lag hier auf dem Energiebereich (insbesondere

<sup>73</sup> Eine detaillierte Auflistung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschland-Belarus, ebenda, S. 35f. und S. 39.

<sup>74</sup> Vgl. dazu im einzelnen Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Transform. Die Beratung Mittel- und Osteuropas beim Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, Nr. 398, Bonn 1996, S. 55-62, sowie den dazugehörigen Evaluierungsbericht über die Beratungsmaßnahmen 1993-1995, Nr. 399, Bonn 1996, S. 10f.

<sup>75</sup> Ausführlich dazu: Stiftung west-östliche Begegnungen und Internationales Bildungs- und Begegnungszentrum (Hrsg.), Tschernobyl mahnt. 10 Jahre Tschernobyl – 5 Jahre Internationale Solidaritätsbewegung, Berlin 1996.

<sup>76</sup> Antwort der Bundesregierung auf eine Frage des Abgeordneten Erler (SPD).

<sup>77</sup> Zum Treff mit dem deutschen Außenminister vgl. C. Genrich, Kinkel besorgt über Weißrußland, in: FAZ, 11.10.1996. Krautschenka war im aufgelösten Parlament Fraktionschef der sozialdemokratischen Gramada und Vorsitzender des Komitees für internationale Angelegenheiten.

<sup>78</sup> Nezavisimaja gazeta, 17.6.1996. Außerhalb der GUS wickelt Belarus 50 Prozent seiner Importe und 33 Prozent seiner Exporte ab.

Energieeinsparung), dem Unternehmenssektor (Privatisierung, neue Finanzinstrumente, Exportförderung), dem Verkehrswesen und dem Agrarsektor (Produktion, Verarbeitung, Verteilung).<sup>79</sup> Schwierigkeiten gab es immer wieder um den Vertrag über Partnerschaft und Kooperation EU-Belarus und das Interimsabkommen, das die handelsbezogenen Teile des Vertrags vorab umsetzen soll.

Eine Ratifizierung des Vertragswerks, das bisher lediglich unterzeichnet wurde, hätte für Belarus deshalb große Bedeutung, weil es enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Partnern anvisiert und das Land mit seiner europäischen Umwelt verklammern würde. Allerdings fordert der Vertrag die Selbstverpflichtung auf Einhaltung der Grundprinzipien europäischen Zusammenlebens. Als Kernelemente nennt er die "Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Freiheiten". Im einzelnen wird dabei auf die überragende Bedeutung verwiesen, "die der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Minderheitenrechte, dem Aufbau eines Mehrparteiensystems mit freien und demokratischen Wahlen sowie der wirtschaftlichen Liberalisierung mit dem Ziel der Einführung der Marktwirtschaft zukommt".<sup>80</sup> Bei diesen Prinzipien handelt es sich nicht um bloße Absichtserklärungen, sondern um integrale Bestandteile des Partnerschaftsabkommens, deren massive Verletzung einen legitimen Grund für seine Aufkündigung bildet.

Vor diesem Hintergrund war es nur folgerichtig, daß die EU und mit ihr die OSZE und der Europarat sowie eine Reihe von Einzelstaaten die Führung in Belarus vor einer Zerstörung der Demokratie warnten. Im Namen der EU äußerten die in Minsk akkreditierten Botschafter Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens in einer Demarche an das Außenministerium vom Oktober 1996 ihre tiefe Besorgnis über den drohenden Verfassungsbruch und sahen die Chancen des Landes gefährdet, eine aktive Rolle in Europa zu spielen und die Kooperation mit Brüssel zu vertiefen.<sup>81</sup>

Ähnlich kritisch äußerte sich das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 14. November 1996, ging es doch um die faktische Liquidierung des demokratisch gewählten Parlaments in Belarus. Im Anschluß an den Bericht der Abgeordneten Schroedter (Die Grünen), die den Ablauf des Referendums vor Ort als Vorsitzende einer ad hoc Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments inoffiziell verfolgt hatte, verurteilte dieses die Einsetzung des neuen Parlaments "von Präsident Lukaschenkos Gnaden" und erklärte, "daß das einzige repräsentative Organ in Weißrußland das demokratisch gewählte Parlament ist". Zugleich bestätigte es seinen Beschluß vom Oktober 1996, den Prozeß der Ratifizierung von Partnerschaftsvertrag und Interimsabkommen solange auf Eis zu legen, "bis die weißrussischen Behörden deutliche Signale über ihre Absicht gegeben haben, die demokratischen Grund- und Menschenrechte vollauf zu respektieren". Darüber hinaus forderte das Europäische Parlament Kommission und Rat auf, sämtliche Unterstützungs- und

---

<sup>79</sup> Europäische Kommission, Tacis-Programm, Jahresbericht 1995, Brüssel 1996, S. 19f.

<sup>80</sup> Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Belarus andererseits, Brüssel 1994, S. 3ff.

<sup>81</sup> Die Demarche ist abgedruckt in: Berliner Europa Forum, a.a.O., S. 42f.

Hilfsprogramme für Belarus einzustellen – ausgenommen nur das der Regierungskontrolle entzogene Tacis-Demokratieprogramm, das u.a. der Förderung freier und unabhängiger Medien dient. Schließlich ersuchte das Parlament den Rat und die EU-Mitgliedstaaten, ihren Einfluß bei den Exekutivorganen anderer internationaler Organisationen im Sinne eines gleichgerichteten Vorgehens geltend zu machen.<sup>82</sup>

Diese Aufforderung richtete sich insbesondere an den Europarat – jene gesamteuropäische Organisation also, die sich die Durchsetzung und Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte, der Menschenrechte, der Prinzipien einer Zivilgesellschaft und eines Rechtsstaats zum Ziel setzt (und herbei eng mit der EU kooperiert). Der Europarat hatte sich in der Konfrontationsperiode stark für den Schutz der bestehenden Verfassung engagiert, bei deren Ausarbeitung er beratend mitgewirkt hatte. Dies fand seinen konkreten Ausdruck in einer Minsk-Mission seiner Vorsitzenden L. Fischer (CDU) Mitte Oktober 1996 sowie in verschiedenen Rechtsgutachten, die die Verfassungswidrigkeit der präsidentiellen Neufassung nachwies.<sup>83</sup> Das Referendum selbst wurde von einer Europarats-Delegation unter Leitung des Polen Iwinski (Sozialdemokratie der Republik Polen) vor Ort als unrechtmäßig und allen demokratischen Standards widersprechend charakterisiert. Als Konsequenz suspendierte Straßburg den Status Weißrußlands als Sondergast, den es seit 1992 innehat – die 1993 beantragte Vollmitgliedschaft ist damit in weite Ferne gerückt.<sup>84</sup> Tatsächlich wäre es für den Europarat als Hüter der Demokratie absurd und würde seine Glaubwürdigkeit schwer beschädigen, wenn er sich einem diktatorischen Regime und einem Parlament öffnen würde, das von den Verteidigern der demokratischen Ordnung gesäubert wurde und jetzt von einem Vorsitzenden geleitet wird, der sich als weißrussischer KP Chef im August 1991 der Fronde gegen Gorbatschow und dessen Reformkurs angeschlossen hatte.

Auch die OSZE äußerte sich im Vorfeld des Referendums wiederholt besorgt über die sich abzeichnenden groben Verfassungsverstöße in Belarus – so in Form eines Statements des Vorsitzenden F. Cotti (Schweiz) Mitte Oktober 1996 sowie zweier Erklärungen der Minister-Troika vom 7. und 16. November.<sup>85</sup> Auf dem Lissabonner Gipfeltreffen selbst vom Dezember 1996 entging das Lukaschenka-Regime jedoch einer Verurteilung oder gar einer Suspendierung, obwohl die meisten Delegationen das Plebiszit als illegal kritisierten und ihm das Gütesiegel "free and fair" verweigerten. Wie schon erwähnt, blockierte Rußland, das sich durch Anerkennung des Referendums bereits zuvor die Hände gebunden hatte, ein solches kollektives Verdikt und legte sein Veto gegen eine Sondersitzung zum Thema "Belarus" ein.<sup>86</sup> Damit hat Moskau nicht nur zusätzliche Zweifel an seiner Bereitschaft und Fähigkeit genährt, sich

---

<sup>82</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in Weißrußland vom 12.12.1996, Dokument. Auch die USA froren mittlerweile ihre Wirtschaftshilfe an Belarus ein, vgl. vwd Rußland (Eschborn), Nr. 231/28.11.1996, S. 6.

<sup>83</sup> So T. Iwinski, Stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Interfax, 27.11.1996.

<sup>84</sup> NZZ, 15.1.1997.

<sup>85</sup> OSZE-Pressemitteilung Nr. 67/18.10.1996, sowie OSZE Newsletter (Wien), Nr. 11/1996, S. 1 und 6.

<sup>86</sup> OMRI Daily Digest Nr. 231/2.12.1996.

als integraler Bestandteil der europäischen Wertegemeinschaft zu profilieren. Vielmehr wurde durch sein Veto auch verbreitete Skepsis gegenüber russischen Konzeptionen verstärkt, die OSZE in den Rang einer die übrigen internationalen Institutionen koordinierenden Leitorganisation zu heben.

So hat Präsident Lukaschenka sein Land von den Prozessen europäischen Zusammenwachsens abgekoppelt und in die Isolierung getrieben: Belarus könnte bald das einzige Land in Europa sein – vielleicht mit der fragwürdigen Ausnahme des Serbien von Milošević –, das keine Vertragsbeziehungen zur EU unterhält und dem die Vollmitgliedschaft im Europarat versagt bleibt. Doch auch bilateral wächst das Mißtrauen gegenüber dem unberechenbaren Präsidenten-Diktator, gerade auch unter den unmittelbaren Nachbarn. Symptomatisch hierfür ist der ungewöhnliche Schritt einer gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Polens, Litauens und der Ukraine vom 20. November 1996. Darin drückten sie ihre tiefe Besorgnis über die Entwicklungen in Belarus aus und riefen dazu auf, "die Rechte und bürgerlichen Freiheiten der Menschen in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Normen und Prinzipien der Demokratie zu achten".<sup>87</sup> Die strategische Annäherung Weißrußlands an Rußland in Verbindung mit der Errichtung einer Diktatur unter einem unberechenbaren, antiwestlich eingestellten Präsidenten wird in den drei Nachbarländern als erhöhtes Risiko für die eigene Sicherheit und Stabilität wahrgenommen.

### **Elemente einer mehrgleisigen Strategie des Westens**

"Gegrüßt sei Seine belarussische Hoheit Alexander I., der Befreier" – mit solchen und ähnlich sarkastischen Untertönen hießen liberale Presseorgane in Rußland den angehenden Diktator Lukaschenka willkommen.<sup>88</sup> In unfreiwilliger Komik fügte sich hierzu der Umstand, daß die belarussische Post nur zwei Wochen nach dem Referendum eine Briefmarke mit dem Konterfei des Präsidenten in Umlauf brachte: eine in europäischen Regionen einzigartige Demonstration am lebenden Objekt. Damit wurde symbolisch unterstrichen, daß nunmehr alle staatliche Macht auf den Präsidenten konzentriert ist. Hinfort braucht der Präsident ernsthafte Opposition aus dem parlamentarischen Raum nicht zu befürchten, nachdem er das alte Parlament zerschlagen und aus dessen 199 Abgeordneten ein handverlesenes Unterhaus mit 110 Deputierten sowie zusätzlich ein aus ergebnen Regionalpolitikern bestehendes 64-köpfiges Oberhaus geformt hat. Dabei hatte er eine Reihe von Abgeordneten durch Druck und massive materielle Zuwendungen auf seine Seite gezogen,<sup>89</sup> andere waren nach faktischer Spaltung der KP zu ihm übergelaufen.

Auch im internationalen Umfeld scheint Lukaschenka vorerst unangefochten: Nachdem das Parlament als bevorzugtes Objekt seines Feindbildes ausgefallen ist, dürfte der Präsident diese Rolle nunmehr dem westlichen Ausland zumessen. In den Vordergrund dürfte dabei die Polemik gegen die geplante Osterweiterung der NATO rücken: "Sie dient Lukaschenko zum

---

<sup>87</sup> S. Anis'ko/P. Pavlov, Procedura impičmenta na fone referendumu, in: Segodnja, 21.11.1996.

<sup>88</sup> Bul'ba-fri. Posle demokratii, in: Novoe Vremja, Nr. 49/Dezember 1996, S. 4.

<sup>89</sup> Vgl. hierzu O. Gusak, a.a.O., S. 6.

einen zur Selbstimmunisierung gegenüber westlicher Kritik an seiner Innenpolitik, zum anderen als Trumpf, um die Moskauer Regierung auch weiterhin an seine Position zu binden."<sup>90</sup> Allem Anschein nach spekuliert der Präsident darauf, daß der Westen ein kurzes Gedächtnis hat und seinem Regime die Anerkennung nicht auf Dauer versagen wird. Zusätzlicher Druck der russischen Protektoren werde den Westen nach vorübergehender Zurückhaltung gewiß müde machen – so ganz offensichtlich das wohlüberlegte Kalkül Lukaschenkas.

Würde sich der Westen auf dieses Spiel einlassen und das Regime entgegen allen früheren Warnungen vor den Folgen eines Staatsstreichs tatsächlich schrittweise wieder als gleichberechtigten Partner in die internationale Zusammenarbeit einbeziehen, so würde dies die demokratische Glaubwürdigkeit von Regierungen und Parlamenten sowie von Organisationen wie EU und Europarat schwer beschädigen. Vor allem aber würde dies die demokratische Opposition entmutigen, die – wie wir sahen – gerade im Zuge der präsidentialen Verfassungsbrüche eine beachtliche Mobilisierungsfähigkeit für die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat bewiesen hatte. Unter Führung von Ex-Parlamentspräsident Scharezkij konstituierten sich rund 60 Abgeordnete, darunter die Spitzenpolitiker Karpenka, Grib, Schuschkevitsch, Gonschar, Chadyka (Volksfront) und Statkewitsch (Gramada) als legitimes Parlament. Dabei riefen sie die Bürger zu gewaltfreiem Widerstand gegen die Diktatur und die internationalen Organisationen zur Verweigerung einer Anerkennung des illegitimen Lukaschenka-Parlaments auf. Zugleich gründete die Opposition ein breiter angelegtes "Belarussisches Komitee zum Schutz der Demokratie", dem unter Vorsitz von Scharezkij Vertreter verschiedener politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen angehören.<sup>91</sup>

Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich für den Westen die konsequente Fortsetzung einer mehrgleisigen Strategie, bei der die diplomatischen Beziehungen zum Regime mit möglichst umfangreichen Kontakten zu den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformkräften verbunden werden. Im einzelnen würde das bedeuten:

- Die weitere Pflege diplomatischer Minimalbeziehungen ist aus staatspolitischer Rason nicht nur notwendig, sondern unter dem Aspekt möglicher Einwirkungschancen auf das Regime auch zweckmäßig. Aus Protest gegen politischen Autoritarismus und wirtschaftliche Inkompetenz hatte eine stattliche Anzahl von Beratern und Ministern seit 1994 das präsidentiale Team verlassen, zuletzt am 18. November 1996 Ministerpräsident Tschigir. Vermutlich werden auch in Zukunft Präsidentenadministration und Regierung nicht völlig homogen sein, so daß sich hier wie schon zuvor punktuelle Ansatzpunkte für sinnvolle Gespräche ergeben. Zugleich sollte jedoch jede Aufwertung des Regimes vermieden werden: Ein Ausweg aus der Selbstisolierung darf nur in dem Maße gewiesen werden, in dem das Regime konkrete Schritte in Richtung Demokratie und Rechtsstaat einleitet. Keine Beziehungen sollten zum illegitimen Taschen-Parlament Lukaschenkas

---

<sup>90</sup> A. Sahm, *Letzter Akt ...*, a.a.O., S. 9.

<sup>91</sup> Im einzelnen dazu Gusak, a.a.O., S. 6, sowie Jamestown Monitor Dienst, 10.12.1996.

aufgenommen und statt dessen die Verbindungen zum legitimen Rumpfparlament und dessen Repräsentanten gepflegt werden.

- Der Handel mit Belarus sollte weitergeführt werden, Wirtschaftssanktionen würden auch den westlichen Partnern eher schaden und in Belarus niemandem helfen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß Belarus ein zentrales Transitland nicht nur für Rußland in Richtung Westeuropa bildet, sondern auch umgekehrt für Westeuropa in Richtung Rußland. Wirtschaftliche Kooperation und Wirtschaftshilfe dagegen sollten auf solche Projekte begrenzt werden, die nicht dem Zugriff des Präsidenten ausgesetzt sind: "Da im Referendum auch jeglichen Privatisierungsbemühungen eine Absage erteilt wurde, ist anzunehmen, daß die westliche Wirtschaftshilfe in die Staatsbetriebe und in die Kasse der Präsidentenadministration fließt."<sup>92</sup>
- Ein analoges Vorgehen empfiehlt sich bei den Programmen zur technischen Hilfe "Takis" (EU) und "Transform" (Bundesregierung). Hier bietet sich eine Konzentration auf jene Teile beider Programme an, die gezielt demokratische und marktwirtschaftliche Ansätze fördern und zugleich dem Zugriff des Präsidenten entzogen sind. Genau dies schlug das Europäische Parlament vor, indem es das "Demokratieprogramm" des Takis-Komplexes fortzuführen empfahl, zumal es der direkten Regierungskontrolle nicht unterliegt.<sup>93</sup> Umgekehrt war es ein richtiges Signal, jenes im Rahmen von "Transform" eingesetzte deutsche Pilot-Team aus Minsk zurückzuziehen, das der Regierung nach dem Muster der erfolgreichen Beratergruppe in Kiew bei der Umsetzung der Empfehlungen des IWF helfen sollte. Nach Bonner Auskunft war das Projekt allerdings ohnehin an der "Reformfeindlichkeit" Lukaschenkas gescheitert.<sup>94</sup>
- Parallel zu den offiziellen Beziehungen sollten Kontakte zu den Vertretern des legitimen Rumpfparlaments gepflegt werden – beispielsweise dadurch, daß sie auch bei offiziellen Besuchen in Minsk in das Gesprächsprogramm einbezogen sowie von den Parlamenten der internationalen Organisationen und deren Mitgliedstaaten eingeladen werden. Damit würden die westlichen Parlamente nicht nur ihre Solidarität mit ihren ausgeschalteten Parlamentarierkollegen in Belarus bekunden. Vielmehr würden sie darüber hinaus deren Kenntnisse über die Funktionsweise demokratischer Systeme vertiefen. Beobachter führen die konsequente Verteidigung des demokratischen Verfassungsstaats durch die Mehrheit von Parlament und Verfassungsgericht in Belarus nicht zuletzt darauf zurück, daß deren Vorsitzende Scharezkij bzw. Tichinja zusammen mit einer Reihe von Mitgliedern ihrer Institutionen in den vergangenen Jahren die Gelegenheit hatten, sich in westlichen Staaten mit Aufgaben und konkreter Wirkungsweise der Verfassungszweige vertraut zu machen.<sup>95</sup>
- Ganz wichtig sind westliche Aktivitäten zur Professionalisierung reformorientierter Kräfte in Politik, Wirtschaft, Ökologie, Wissenschaft, Medien etc., und zwar sowohl in Minsk als auch in den Regionen. Damit würden vor allem junge Menschen als zukünftige Entscheidungsträger weiterqualifiziert und zu kritischem Denken angeregt. Zugleich sollten durch-

---

<sup>92</sup> E. Schroedter, *Zerbrochene Demokratie ...*, a.a.O., S. 9.

<sup>93</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in Weißrußland vom 12.12.1996.

<sup>94</sup> Bonn schränkt die Wirtschaftshilfe für Lukaschenko demonstrativ ein, in: *Handelsblatt* (Düsseldorf), 23.12.1996.

<sup>95</sup> Hierzu A. Sahm, *Letzter Akt ...*, S. 9. Tichinja hob gegenüber dem Autor den großen Nutzen hervor, den ihm ein Besuch am Bundesverfassungsgericht unter dessen damaligem Präsidenten Herzog gebracht habe.



aus auch regimennahe Personen und Gruppen einbezogen werden, soweit sie sich als gesprächsoffen und kommunikationsfähig erweisen. Westliche Träger solchen Engagements in Belarus wären neben den erwähnten Spezialprogrammen von "Takis" und "Transform" insbesondere politische Stiftungen, Universitäten, Kultureinrichtungen und Institutionen der Erwachsenenbildung. Die so angelegte gezielte Professionalisierung wäre geeignet, in mittelfristiger Perspektive zur Entstehung einer kritischen Masse für eine tatsächliche Reformpolitik beizutragen.

- Zentrale Bedeutung kommt der Unterstützung beim Aufbau einer "Bürgergesellschaft" zu, deren zarte Keime der Präsident administrativ zurückzuschneiden sucht. Stichworte wären: Solidarität und materielles Engagement der westlichen Parteienfamilien und Gewerkschaftsverbände mit den demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften in Belarus; Förderung der Städtepartnerschaften, die durch vielfache Begegnungen "von unten" das wechselseitige Verständnis zwischen den Gesellschaften stärken; Ausbau der Unterstützung für die Vielzahl der NGO's, die insbesondere bei der Linderung der Tschernobyl-Folgen auf die Hilfe westlicher Partner angewiesen sind. Wie erfolgreich diese Basisarbeit vor allem im Blick auf das Netzwerk Tschernobyl tatsächlich ist, demonstriert indirekt das Bestreben der Präsidentenverwaltung, sie durch administrative und finanzielle Auflagen (z.B. Neuregistrierung) seiner strikten Kontrolle zu unterwerfen.

Angesichts der historisch entstandenen "sowjetischen Mentalität" in Belarus, die eingangs näher analysiert wurde, wird der Präsident mit seiner reaktionären Politik voraussichtlich auch in Zukunft auf die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zählen können. Von daher braucht die westliche Strategie einer allmählichen friedlichen Überwindung des Lukaschenka-Regimes einen langen Atem und verspricht auch nur dann Erfolg, wenn Rußland als zentraler Einflußfaktor in Belarus seine Position gegenüber dem unberechenbaren Präsidenten überdenkt.

Andererseits deutet manches darauf hin – z.B. die Notbremsung mittels massiver Fälschung des Referendums –, daß Lukaschenka insbesondere aufgrund des Wirtschaftsdesasters an Zuspruch verliert, die demokratische Opposition dagegen verstärkt Wurzeln schlägt und längerfristig wirkungsvolle Gegengewichte gegen die Diktatur bilden könnte. In einer mehrgleisigen Strategie sollte westliche Politik die hierin liegenden Chancen aktiv nutzen und Belarus nach Abklingen der Turbulenzen von 1996 nicht dem Vergessen anheimgeben, wie sie es zum Schaden für alle Seiten nach der Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit 1991 getan hatte.

**Heinz Timmermann**

## **Belarus: A Dictatorship at the Heart of Europe?**

Bericht des BIOst Nr. 10/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

In the late autumn of 1996, international public apprehension was aroused by political turbulences in Belarus (White Russia) – a country at the centre of Europe which has tended to lie downwind of history and which up to then had attracted little attention, at least in the West. In a cold coup d'état, disguised as a "referendum" and staged in a mixture of breach of constitution, indoctrination and manipulation, President Lukashenka in late November 1996 eliminated parliament (the "Supreme Soviet") and the Constitutional Court de facto as independent powers and thus established the foundations for a personal dictatorship. The present report deals with the causes and consequences of this course of events. It is based on original documents, on press reports from Russia and Belarus, and on analyses by Eastern and Western scholars.

#### *Findings*

1. With the exception of a brief period at the end of the First World War, Belarus, landlocked between Russia and Poland, had never enjoyed autonomous statehood. When it gained its independence, it was therefore difficult for the new state to revive myths, legends and symbols that could have served as factors promoting the emergence of a national identity and as instruments for mobilising the people to construct and defend their state. A further deficit – the national language being the cardinal element in the specific identity and culture of any country – was that Belarussian had, after a brief renaissance in the 20s, largely been displaced by Russian. In the Second World War, in the Soviet Union's common struggle against the German invaders, a specifically *Soviet* awareness had eventually evolved in Belarus. As a "partisan republic", the country made a highly significant contribution to victory over Nazi Germany. But it had done this not as a nation in its own right – this is the perception of large sections of the population – but as an integral part of the USSR. From then on, Belarus was considered the republic which in terms of mentality and self-awareness was the most highly sovietized of all the republics of the USSR.
2. When the nomenklatura establishment led by Prime Minister Kebich had virtually ruined the country's economy by mismanagement and the weak National Democrat camp had proven unable to come up with any convincing alternative, Lukashenka's hour had come:

in July 1994, after a furious presidential election campaign characterised by demagogic populist arguments, he inflicted a devastating defeat on his rival, Kebich, who had started out as the odds-on favourite. One of Lukashenka's (born 1954) recipes for success is without doubt his ability to get the message over to the people that he is "one of them" and that he, of all politicians, is best able to understand the concerns and wishes of the people. In actual fact, he had held various functions which had brought him into close contact with society and social life. That was what set him apart most clearly from the elevated party and state nomenklatura, which had for the most part become alienated from everyday life. At the same time, however, his career pattern is indicative of a severely constricted intellectual horizon – Lukashenka's duties have alternated between ideologically indoctrinating people and putting his doctrine into practice as a Soviet-style middle-level manager. These characteristics continue to govern his political style and the substance of his policies to this day.

3. Lukashenka is adept at addressing the mentality and mood of large sections of the population quite accurately with his cardinal messages. His standard themes are: the battle against the nomenklatura, which he denounces as incompetent and corrupt; portrayal of himself as the father of the nation, who takes his child – Belarus – by the hand and dependably shows it the way; installation of an authoritarian regime that builds up the security agencies in order to impose law and order with a strong hand; adherence to an étatist-style "market socialism" which narrowly restricts privatisation and competition; gradual re-integration and eventual re-unification with Russia.
4. After coming into office in July 1994, Lukashenka concentrated systematically on building up a strong presidential administration. He considered this urgently necessary for two reasons. Firstly, though he had won an overwhelming victory in the presidential election with the backing especially of those groups and social strata which were most strongly "sovietized": the inhabitants of rural areas and small towns, people dependent on the languishing industrial enterprises, members of the security forces, pensioners and war veterans, this success could not be upheld by the President's personal performance alone, as had been the case in the electoral campaign. Instead, he needed a strong propaganda apparatus to continuously influence the people in conformance with the President's intentions. And secondly, his aim was to build up the presidential administration to be the nerve centre of all decision-making processes, along the lines of a Soviet-style Politburo. In this way, the government degenerated into an executive organ of the presidential administration, which, furthermore, had secured at an early stage the right to nominate the regional and local executive organs via the so-called "presidential vertical".
5. The surprising thing was that the President's critics were able, despite sweeping and multi-dimensional repression, to form counterweights and to offer resolute resistance to the planned coup d'état. This gives reason to hope that the ferments of democracy and European orientation may not have been totally expunged in Belarus but may become active again, perhaps even strengthened, once the shock of the usurpation has passed. Thus the opposition in Parliament under the leadership of its Chairman Sharetski suddenly formed a

majority when it came to defending the democratic constitution against the President's assaults. This majority encompassed the Communists, the Agrarians and the parliamentary groups of the democratic forces with such prominent figures as the ex-chairman of the national bank, Bahdankevich (Chairman of the United Citizens' Party), parliamentary vice-chairman Karpenka (head of the United Democratic Party), ex-foreign minister Krauchenka (leader of the Gramada social democrat parliamentary group) and ex-parliamentary vice-chairman Shushkevich (Gramada). Together with the Popular Front and a number of social organisations, these same parties formed a "Round Table" which severely rebuked the President for his violations of the constitution and at the same time invited him to join them in looking for ways to improve understanding between the branches of power. It was noteworthy that the protest from the ranks of the constitutional organs coincided with growing resistance from society at large, with opposition spreading beyond the narrow circles of the intelligentsia and appearing, in particular, among the urban population, the younger generation, the trade unions, the business associations, and the multitude of NGOs.

6. Lukashenka's uncompromising confrontation strategy was intended to bring about a radical change in the balance of constitutional powers in favour of the President. This he achieved in the November 1996 referendum, the results of which, however, were grossly falsified. Without this tampering he would possibly have fallen short of the required quorum. This indicates that Lukashenka's popularity may be dwindling.
7. The decline of the Belarussian economy, which, after some contrived postponement, had set in under Kebich in 1992, has continued and taken on dramatic forms under Lukashenka. This is attributable to both objective reasons (e.g. the high price of energy imports) and to subjective causes (sluggish reforms even reversing into restoration). The economic slump, the various dimensions of which are traced in the present report, is being aggravated by the withdrawal of the international financial organisations in response to the policies pursued by the regime. Instead, Lukashenka is betting everything on the "re-integration with Russia" card, in the expectation that Moscow will grant Belarus preferential energy prices in the long term and, in the course of a step-by-step development towards confederation and federation, will restore the privileged status the country once enjoyed within the framework of the Soviet division of labour.
8. The Moscow leadership, which had adopted a key position influencing the outcome of the power struggle in Belarus, found itself caught up in a certain dilemma. On the one hand, Moscow can do without turbulence on its Western flank, as this could interfere with its strategy of integrating Belarus into the Russian hegemonial sphere by means of an evolutionary process, without itself having to take direct responsibility for the country's domestic and economic crises. In addition, Lukashenka is unpopular even with the Yeltsin administration, which considers him a difficult partner. On the other hand, despite all the dubious aspects of his strategies and his personality, Moscow views Lukashenka as a trusty champion of Russian interests. By contrast, it expects nothing worthwhile to come from the Belarussian opposition. It regards some of them as just plain backward-looking and

incompetent (the Communists, the Agrarians), and others as forces with pronounced anti-Russian and pro-Western inclinations (the National Democrats, the Liberals). After due consideration of all arguments, the Russian side finally came out unequivocally in favour of Lukashenka. This decision may have adverse consequences for Russia in important aspects, which are examined in detail in the report.

9. Despite Lukashenka's anti-Western basic attitude, the international organisations – and especially the EU and individual members such as Germany – have endeavoured to support the reform processes in Belarus, in material terms, too, and to integrate the country into all dimensions of European coalescence. When the President, ignoring all the admonitions of the international organisations, violated the constitution and nipped the tender shoots of democracy in the bud, the international organisations cut back their relations with Belarus to a minimum and at the same time declared the by now dissolved parliament to be the sole legitimate representative of the Belarussian people. In this way, Lukashenka has de facto unhitched his country from the processes of European integration and driven it into isolation.
10. Against this background, it is expedient for the West to continue following a consistent multiple-approach strategy, combining diplomatic relations with the regime with the broadest possible contacts with the forces of political, economic and social reform. Specifically, this would involve: minimising diplomatic relations with the regime while at the same time cultivating intensive contacts with representatives of the opposition; limiting economic co-operation and economic and technical assistance to those projects which promote incipient reforms and are not likely to attract the President's intervention; initiatives for the professionalization of those forces in politics, the economy, the ecology, the sciences, the media, etc. who are prepared to go ahead with reforms; support for decentral activities.
11. By virtue of the historically evolved "Soviet mentality" in Belarus the President and his reactionary policies will probably be able to rely on the approval of large sections of the population in the future, too. For this reason, the West's strategy for a gradual, peaceful replacement of the Lukashenka regime will need a lot of tenacity and can hope to succeed only if Russia as the cardinal influencing factor in Belarus revises its attitude towards the unpredictable President. On the other hand, there is much to indicate – including the large-scale falsification of the referendum results, obviously as the President's last resort – that Lukashenka's support is dwindling, especially in the light of the country's ongoing economic disaster, that the democratic opposition is taking stronger root and could in the long term form an effective counterweight against the dictatorship. Western policy should follow a multiple-approach strategy which actively exploits the opportunities which this changing domestic scenario provides and should not, once the turbulences of 1996 have died down, relinquish Belarus to the realms of oblivion, as it did to the detriment of all concerned after the country had been released into independence in 1991.